

# Landesinfo Baden-Württemberg



Kundgebung gegen Rechts, 16. Januar, Stuttgart

## Landtagswahl I

Wahlprogramm in  
Kürze

s. 4

## Interview

Spitzen-  
kandidatin Gökay  
Akbulut

s. 6

## Mannheim

Kampf gegen  
Massenentlassung  
bei GE

s. 10

## Landtagswahl II

LINKE: Wer kandi-  
diert wo?

s. 12

## Landesparteitag

Refugees  
welcome!

s. 16

## AfD

Keine Alternative  
für Deutschland

s. 19

## Inhalt

■ ■ ■ ■	Unsere Spitzenkandidaten	5
■ ■ ■ ■	M. Schlecht: Digitalisierung bietet Chance zur Arbeitszeitverkürzung	7
■ ■ ■ ■	GewerkschafterInnenaufruf	9
■ ■ ■ ■	Wagenknecht zum Weltwirtschaftsforum	11
■ ■ ■ ■	Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV	14
■ ■ ■ ■	Grün-rote Wählertäuschung	15
■ ■ ■ ■	Konstanz: Der AfD entgegneten	17
■ ■ ■ ■	Das Problem heißt Sexismus	18
■ ■ ■ ■	Aktion Frauentag	21

**Das nächste Landesinfo** erscheint im April 2016.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 2/2016 ist der 28. März 2016.

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Beilagenhinweis:** Landeswahlzeitung

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Walter Kubach (Innenbogen), Alfred Küstler, Matthias Paykowski, David Schecher, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Dagmar Uhlig.

Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Herstellung:** GNN Verlagsgesellschaft, e-mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

**Druck:** VisitYou.de, Stuttgart

**www.bw-plus-sozial.de**

# Rundbrief an die Mitglieder im Landesverband DIE LINKE Baden-Württemberg

5 Liebe Genossin, lieber Genosse,  
wir wünschen allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten ein gutes und frohes neues Jahr. Für unser gemeinsames Ziel die Linke in den Baden-Württembergischen Landtag zu führen, wünschen wir uns viel Erfolg.

7 Die erste Hürde ist geschafft.  
9 Wir konnten in allen 70 Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten nominieren und die erforderlichen Unterschriften sammeln. Danke an alle, die dabei uns dabei geholfen haben.

11 Wir haben gute Chancen in den Landtag zu kommen, wenn wir einen engagierten und überzeugenden Wahlkampf führen.

14 Die letzten fünf Jahre haben eines deutlich gemacht: Im Landtag fehlt eine Partei,

15 • die konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt, die Druck von links macht für mehr Demokratie und bessere Bildung eintritt;

18 • die Flüchtlinge willkommen heißt und Abschiebungen stoppt, damit alle Menschen hier ein gutes Leben und eine Zukunft haben;

21 • die für den sozialökologischen Umbau und den Ausbau des ÖPNV steht; • die Themen, wie Kinderarmut, unsichere Arbeitsverhältnisse oder Wohnungsnot auf die Tagesordnung setzt;

• die den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften eine hörbare Stimme gibt und die keine Angst hat sich mit den Mächtigen und den Wirtschaftsbossen anzulegen;

• die sich nicht von der Schuldenbremse einschüchtern lässt und für die notwendigen gebührenfreien öffentlichen Dienstleistungen für die Allgemeinheit kämpft.

• Wir brauchen eine Partei, die klare Kante zeigt gegen Rassismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus und die deren Ursachen kompromisslos bekämpft;

• die die Demokratie verteidigen und ausbauen will.

Für diese Ziele lohnt es, sich in den nächsten Wochen zu werben und AnhängerInnen zu gewinnen.

## Wahlkampfauftakt im Januar

Wir haben auf dem Landesparteitag im November ein gutes und überzeugendes Wahlprogramm verabschiedet. DIE LINKE hat landespolitisch etwas zu sagen und sie hat klare Alternativen zu den etablierten Parteien. Das Landeswahlbüro hat zusammen mit der beauftragten Agentur eine super Wahlkampagne auf die Füße gestellt. Die Plakate und die Wahlkampfzeitung werden Mitte Januar an die Kreise ausgeliefert.

Unser zentraler Auftakt für die heiße Phase des Wahlkampfes findet am 28. Januar in Stuttgart mit Gregor Gysi und mit unseren SpitzenkandidatenInnen Gökay Akbulut und Bernd Riexinger statt. Die landesweite Abschlussveranstaltung ist am 11. März in Mannheim, mit Sahra Wagenknecht, Bodo Ramelow und ebenfalls mit Bernd und Gökay.

Dazwischen finden Veranstaltungen statt mit Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht, Bodo Ramelow, Katja Kipping, Dietmar Bartsch und Uli Maurer, mit unseren Bundestagsabgeordneten und mit Bernd und Gökay. (...)

Im Wahlkampf wollen wir weit sichtbar und laut hörbar sein. Gerade weil wir von den Medien häufig nicht gleichberechtigt behandelt werden, müssen wir uns umso mehr auf den Straßen und

**Bden-Wrttmbrg**

**Hier fehlt doch was?**

**DIE LINKE.**

www.bw-plus-sozial.de

Plätzen und in den Wohngebieten zeigen. Lasst die Farbe Rot im Ländle wieder Mode werden!

Dazu hilft es, vor Ort offene Wahlkampfteams zu bilden und Leute einzubeziehen, die noch nicht Mitglied unserer Partei sind. Gemeinsam macht Wahlkampf mehr Spaß.

Wenn möglichst viele Mitglieder mitziehen und etwas machen, Infos in die Briefkästen stecken, plakatieren, mal zum Infostand gehen, mit Leuten reden, sich auf einer Veranstaltung zeigen, andere zum Wählen motivieren, dann können wir die 5 Prozent knacken.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

#### Baden-Württemberg – Plus Sozial!

Unsere zentralen Aussagen im Wahlkampf werden sein:

- Gute Arbeit: Befristung und Leiharbeit stoppen
- Soziale Berufe besser bezahlen. Mehr Personal für Erziehung und Pflege
- Bezahlbare Wohnungen für alle
- Länger gemeinsam lernen. Kitas und Schulesen gebührenfrei
- Refugees welcome. Helfen statt hetzen (siehe auch unten: Kundgebung am 16.1. in Stuttgart)
- Umverteilen: Mehr Geld für Bildung, Bäder, Bus & Bahn

Unser übergreifender Slogan ist „Baden-Württemberg plus sozial“. Damit werben wir für unseren Markenkern „soziale Gerechtigkeit“.

Wir sind die einzigen, die sagen, dass wir unser Programm durch gerechtere Steuern für Millionäre und Milliardäre finanzieren wollen, die sich klar gegen TTIP und TISA aussprechen, die weiter gegen S 21 die Fahne hochhalten und die Militärinterventionen der Bundeswehr ohne Wenn und Aber ablehnen.

Unsere Bundestagsfraktion hat als einzige geschlossen gegen den aktuellen Militäreinsatz in Syrien gestimmt.

Nach wie vor geht es darum, die politischen Verhältnisse nach links zu verschieben. Dazu gehört klar Partei zu ergreifen für die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die RentnerInnen, für SchülerInnen und StudentInnen. Für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und längst keine Vertretung bei den restlichen Parteien

## Gökay Akbulut Bernd Riexinger

- Befristung und Leiharbeit: stoppen.**
- Soziale Berufe: anständig bezahlen.**
- Millionäre: richtig besteuern.**
- Geflüchteten: helfen statt hetzen.**
- Wohnungen: bezahlbar für alle.**
- TTIP: stoppen.**

**DIE LINKE.**

[www.bw-plus-sozial.de](http://www.bw-plus-sozial.de)

mehr haben. Wir setzen uns nicht nur im Landtag für eine solidarische Gesellschaft ein.

Für den geschäftsführenden Landesvorstand: *Christoph Cornides, Sahra Mirrow, Barbara Rochlitzer, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit sowie Gökay Akbulut und Bernd Riexinger*

### Spenden

#### Gerade im Wahlkampf sind wir auf Eure/ Ihre Spende angewiesen!

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht käuflich. Für Spenden von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind

wir aber sehr dankbar. Spenden an DIE LINKE sind steuerabzugsfähig. Sie erhalten eine Spendenbescheinigung, falls Ihre Adresse bekannt ist.

**Spendenkonto: DIE LINKE. Baden-Württemberg Postbank Stuttgart, IBAN DE58 6001 0070 0289 5827 00 / BIC: PBNKDEFF**

### Wer verteilt mit ?

Folgende Materialien eignen sich zum Stecken in Wohnvierteln und zum Verteilen auf der Straße, vor Betrieben und am Infotisch: – die Wahlzeitung (in 1 Million Auflage), – Kurzwahlprogramm, – Wahlauf Ruf von GewerkschafterInnen, – Wahlprogramm, – Postkarte zum 8. März, – Flyer Flüchtlinge sowie Kleinwerbmittel. Bei den Kreisvorständen und in den Büros ist alles Material vorrätig.

## Landesparteitag der LINKEN am 21. und 22. November

**Bernd Riexinger und Gökay Akbulut einstimmig als Spitzenduo gewählt**

Der Landesparteitag diskutierte und verabschiedete das Landtagswahlprogramm und beschloss eine Resolution zur Flüchtlingspolitik. Außerdem wurden die 22 Delegierten des Landesverbandes zum Bundesparteitag gewählt sowie die Delegierten zum Bundesausschuss. Mit einem einstimmigen Votum bestellte der Landesparteitag Gökay Akbulut und Bernd Riexinger

zu Spitzenkandidaten im Landtagswahlkampf. Bei der Landtagswahl gibt es keine Landesliste. Jede Wählerin und jeder Wähler hat nur eine Stimme. Bernd ist in einem Stuttgarter Wahlkreis zum Kandidaten nominiert, Gökay in Mannheim. DIE LINKE tritt in allen 70 Wahlkreisen an und ist somit im ganzen Land wählbar.

Das Landtagswahlprogramm kann heruntergeladen werden: <http://bw-plus-sozial.de/wahlprogramm/>

# Wahlprogramm in Kürze



## Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

Am 13. März 2016 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Wirklich neu wäre: wenn es im Landtag eine Partei gäbe, die kompromisslos für soziale Gerechtigkeit eintritt. Wie viele Menschen suchen in unserem Land eine bezahlbare Wohnung- und finden keine. Warum sind bei uns so viele Lehrerinnen und Lehrer befristet beschäftigt, wie in keinem anderen Bundesland? In Mannheim lebt jedes vierte Kind in Armut und in Stuttgart jedes zehnte. Warum nehmen SPD und Grüne das hin? Die Regierung betont, dass es uns gut gehe, dank Wirtschaft und Mittelstand. Wer spricht von Verkäuferinnen und Erzieherinnen, von den Müllwerkern und von Erwerbslosen und von all den Menschen, die jeden Tag arbeiten und das Geld zusammenhalten müssen, um über die Runden zu kommen?

**Nur DIE LINKE macht richtig Druck.** Es braucht eine Partei, die die Interessen der Beschäftigten und von Menschen mit niedrigem Einkommen vertritt. Von der Landesregierung hatten sich Viele Verbesserungen versprochen, doch es geht nicht voran. Die anderen Parteien reden nicht über Niedriglohn, befristete Arbeit oder Teilzeitjobs. Oder dass der Stress auf der Arbeit zunimmt. DIE LINKE gibt den Gewerkschaften und sozialen Initiativen eine Stimme im Landtag. Sie setzt die Themen auf die Tagesordnung und zeigt, dass es besser geht.

**Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen stoppen.** DIE LINKE kämpft für gute Arbeit. Arbeit, von der man leben kann und die eine Rente schafft, mit der man nicht in die Altersarmut geht. Wer in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeitet, kann seine Zukunft nicht planen. Leiharbeit, grundlose Befristungen und den Missbrauch von Werkverträgen wollen wir deswegen verbieten und in tarifliche Arbeitsverhältnisse überführen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften streiten wir dafür, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir an soziale und tarifliche Mindeststandards koppeln.

**Armut und Erwerbslosigkeit bekämpfen.** Hartz-IV ist Armut per Gesetz. Wir wollen eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Sanktionen und Schikanen im Jobcenter wollen wir abschaffen. Sie wirken nicht gegen das wirkliche

Problem: Es gibt nicht genug ordentliche Arbeitsplätze!

In den letzten Jahren sind mehr Menschen in Armut gedrängt worden, das zeigt der offizielle Armutsbericht des Landes. In einem reichen und teuren Land ist es besonders schwer, arm zu sein oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten zu müssen. Da tut es doppelt weh, wenn die Miete oder die Gebühren für viele öffentliche Dienstleistungen steigen. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben!

**Mit Ungerechtigkeit muss sich niemand abfinden.** Baden-Württemberg ist ein reiches Land, doch der Reichtum ist falsch verteilt. Grüne und SPD ändern daran nichts. Stattdessen sparen sie das Land und die Kommunen kaputt.

Wenn öffentliche Einrichtungen schließen müssen und wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllt werden, dann ist das kein ausgeglichener Haushalt. Das ist einfach keine gute Politik! DIE LINKE scheut sich nicht, umzusteuern und sich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen. Wenn Superreiche und Großkonzerne mehr Steuern zahlen, dann können wir die Kommunen besser ausstatten! Und in Bildung und Wohnungsbau investieren, so dass es allen besser geht.

**Die Mieten steigen – Schluss mit der Verdrängung!** Es gibt immer weniger bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen. Viele Menschen müssen umziehen oder haben lange Wege zur Arbeit. Die Landesregierung hat viel zu wenige



## Wahlkampföffnung in Stuttgart

700 Gäste kamen am 28. Januar zur Wahlkampföffnung mit Gregor Gysi, Gökay Akbulut, Bernd Rixinger und Hannes Rockenbach in den Kursaal Bad Cannstatt.

### Gökay Akbulut

ist Spitzenkandidatin der LINKEN

Ich kenne viele Seiten von Baden-Württemberg: Ich weiß, wie es ist, arm zu sein in einem reichen Land. Wenn ein Brief vom Vermieter Angst macht, weil die Miete steigen könnte. Wie schwierig das Leben für viele Migrantinnen und Migranten gemacht wird. Wie sich gerade Frauen in sozialen Berufen mit voller Kraft einsetzen, für viel zu wenig Anerkennung und Gehalt. Für Alleinerziehende ist es oft besonders schwer. Frauen sind in Politik und Wirtschaft zu wenig vertreten. Das muss sich ändern! Ich bin Stadträtin in Mannheim und habe Öffentliches Recht, Politik und Soziologie studiert. Ich weiß, dass vieles im Land besser gehen würde. Wir müssen Menschen in Not helfen und sie nicht gegeneinander ausspielen. Für Integration und Vielfalt. Ich möchte, dass Kitas gebührenfrei sind, und in der Schule länger gemeinsam gelernt wird. Damit auch die Kinder von Arbeitern, Migranten und Alleinerziehenden die besten Chancen haben. Ich engagiere mich gegen Rassismus und Diskriminierung und für gutes Zusammenleben in unserem Land.



»Aktiv gegen Sozialabbau und Rassismus.«

### Bernd Riexinger

ist Spitzenkandidat der LINKEN

Ich bin in Baden-Württemberg zuhause. Hier habe ich Bankkaufmann gelernt und mich viele Jahre für die Rechte von Beschäftigten eingesetzt. Seit 2012 bin ich mit Katja Kipping Parteivorsitzender der LINKEN. Ich habe als Gewerkschafter und Geschäftsführer von ver.di Stuttgart für die Interessen von Verkäuferinnen und Müllwerkern, Erzieherinnen und Beschäftigten der Post, für Journalistinnen und Theaterleute gekämpft. Gemeinsam mit den Beschäftigten habe ich mich gegen die Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichem Eigentum eingesetzt. Für Löhne, von denen man leben kann, und für gute Arbeitsbedingungen. Für respektvollen Umgang miteinander und gegen Ungerechtigkeit. Für Renten, mit denen man im Alter gut leben kann. Gegen Entlassungen und Arbeitsplatzabbau. Erwerbslose dürfen nicht ausgegrenzt werden und in die Armut abrutschen. Und Wohnen darf kein Luxus sein. Ich habe keine Angst, mich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen. Damit alle ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten.



»Sozial, das muss drin sein.«



Kurzwahlprogramm Landtagswahl 2016

**DIE LINKE.**

Wohnungen gebaut – nicht mal die Hälfte von dem, was Grüne und SPD versprochen hatten- und sie waren zu teuer. Wir brauchen ein Wohnbauprogramm: mindestens 250 Mio. Euro für 50 000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen pro Jahr, davon 15 000 Sozialwohnungen. Und wir wollen wirksame Grenzen für Mietsteigerungen einführen.

**Mehr Personal in Erziehung, Pflege und Gesundheit. Soziale Berufe wollen wir besser bezahlen.** In den sozialen Berufen arbeiten viele Frauen. Die Löhne sind viel niedriger als bei vergleichbaren Ausbildungen in der Industrie oder in Banken. Wir wollen soziale Berufe aufwerten! Gute Löhne und mehr Personal in Gesundheit und Pflege- das ist im guten Interesse der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten.

Eine gute Gesundheitsversorgung hängt von kurzen Wegen ab. Krankenhäuser müssen besser finanziert und auch auf dem Land erhalten bleiben.

**Länger gemeinsam lernen.** Wir brauchen Ganztagesangebote, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen: Gemeinschaftsschulen mit guten Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer und gute Betreuung für unsere Kinder. So werden Kinder aus allen sozialen Schichten am besten gefördert. Kitas müssen gebührenfrei sein. Ein leerer

Bauch lernt nicht gern, deshalb soll es in Kitas und Schulen ein kostenfreies warmes Mittagessen geben.

**Öffentlichen Nahverkehr wollen wir ausbauen und bezahlbar für alle machen.** Das nutzt den Menschen mehr als Stuttgart 21. Die Strecken müssen ausgebaut werden. Gerade auf dem Land ist man sonst aufgeschmissen. SPD und Grüne hatten ein landesweites Sozialticket versprochen – wir sorgen dafür, dass es endlich eingeführt wird.

**Öffentliches Eigentum ist für alle da.** Wohnungen, Energie und Nahverkehr, Gesundheit und Bildung dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen sich am Bedarf der Bevölkerung ausrichten, nicht am Profit. Auch deshalb lehnen wir das Freihandelsabkommen TTIP ab!

**Krieg schafft keine Sicherheit und keinen Frieden.** Bomben gegen den Terror einzusetzen, hat seit 15 Jahren neuen Terror hervorgebracht. Wir wollen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Es reicht nicht, Waffenexporte besser zu kontrollieren. Nur ein Verbot wirkt. Die Produktion von Waffen soll auf zivile Güter umgestellt werden.

**Wir helfen Menschen in Not.** DIE LINKE stellt sich Rassismus und Angriffen gegen Flüchtlinge in den Weg.

Wir wollen ein echtes Asylrecht, das Menschen Schutz bietet. Das geht, ohne Menschen gegeneinander auszuspielen, mit einer besseren Versorgung für alle.

**Demokratie meinen wir ernst.** Wir wollen Landräte direkt wählen und die Demokratie stärken. Dazu gehört auch das Versammlungsrecht. Die NSU-Morde und die Verstrickungen von staatlichen Behörden müssen endlich aufgeklärt werden.

Demokratie braucht soziale Sicherheit und Strukturen, die allen zur Verfügung stehen: Bildungseinrichtungen, Bibliotheken und öffentliche Schwimmbäder, Theater und Nahverkehr, Wohnen und Gesundheitsversorgung. So sieht ein Land aus, in dem wir gerne leben. Baden-Württemberg plus sozial.

Wir sorgen dafür, dass auf Worte Taten folgen und die anderen Parteien sich bewegen. Unsere Vorschläge sind durchgerechnet und machbar.

**Wollen auch Sie, dass es im Land sozial zugeht und die Menschen ihre Zukunft planen können?**

**Dann bitten wir Sie um Ihre Stimme am 13. März bei der Landtagswahl.**

# Mein großer Wunsch

Interview der Mitgliederzeitung DIS-PUT mit Gökay Akbulut über Zumutungen in ihrer Kindheit und über Belastungen in der Gegenwart. Am 13. März will die Mannheimerin mit der LINKEN erstmals in den Landtag Baden-Württemberg einziehen

**Gökay, wie wird dein Jahr 2016 aussehen?**

Es wird bestimmt wieder ein sehr aktives Jahr werden, mit vielen Konflikten und Herausforderungen – und ich werde mit dabei sein.

*In den nächsten Wochen vor allem im Landtagswahlkampf. Du bist, neben Bernd Riexinger, LINKE-Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg. Für wen vor allem willst du dich im Landtag einsetzen?*

Insbesondere für Frauen und für Migranten, für benachteiligte Jugendliche. Baden-Württemberg ist beispielsweise immer noch Schlusslicht bei der Reprä-

sentation von Frauen in der Politik. Nur 20 Prozent der Landtagsabgeordneten sind Frauen, in den kommunalen Vertretungen sieht es ähnlich aus.

*Und bei unseren KandidatInnen?*

Nicht viel besser. Wir müssen auch noch viel bewegen und viel mehr Frauen in DIE LINKE einbinden.

*Wie bist du zur Politik gekommen?*

Ich bin sehr jung politisiert worden, von klein auf habe ich mich für gesellschaftliche Entwicklungen interessiert.

*Von klein auf? Das hört sich nach prägenden Eindrücken in der Kindheit an. Gab es da Schlüsselerlebnisse?*

Ich habe einen kurdisch-alevitischen Hintergrund, beides oppositionelle Kräfte in der Türkei.

Ich komme aus einer kleinen Stadt mit linken, alevitischen, sozialistischen Kräften. Wir spürten schon sehr früh, dass wir anders sind. Es gibt Viertel, wo Aleviten und Kurden für sich leben.

In einem solchen Viertel bin ich großgeworden. Mein älterer Bruder wurde in den Islamunterricht an der Schule gezwungen. Auch heute müssen alevitische Kinder in den sunnitischen Religionsunterricht. Weil wir nur gebrochen Türkisch sprachen, wurden wir von den Lehrern geschlagen, mit der Hand oder mit dem Stock. Das war normal.

Mit fünf wurde ich im Dorf, mit sechs in der Kleinstadt eingeschult. Dort habe ich meine ersten Erlebnisse mit dem Anderssein gemacht. Uns wurde beigebracht, dass man nur an bestimmten Orten Kurdisch sprechen durfte. Freitags mussten wir vor der Schule die türkische Hymne und morgens den heiligen Schwur zum Vaterland aufsagen: Ich bin Türke, bin ehrlich, bin fleißig, bin stolz auf mein Vaterland. Das war für alle kurdischen Kinder eine Zumutung. Das hat mich geprägt. So habe ich mich bereits sehr früh mit den Themen Demokratie, Selbstbestimmung und Widerstand auseinandergesetzt.

*Erinnerst du dich an deinen allerersten Berufswunsch?*

Ich glaube, ich wollte zuerst Polizistin werden, um gegen das Böse und Schlechte zu kämpfen. Und dann Flugbegleiterin – in fremde Länder reisen fand ich immer aufregend.

*Deine Familie kam 1990 nach Deutschland ...*

Unsere Verwandtschaft und wir sind teils aus wirtschaftlichen, teils aus politischen Gründen nach Deutschland gekommen. Zuerst in eine Asylunterkunft nach Braunschweig, dann in ein kleines Dorf bei Uelzen. Unsere Unterkunft lag dort zwei Kilometer entfernt von dem Dorf, betrieben vom Sozialamt, da waren nur Flüchtlingsfamilien und Sozialhilfeempfänger. Wir hatten überhaupt keine Verbindungen zum Dorf. Ich weiß noch: Einmal fuhren Leute an unserer Unterkunft vorbei und warfen Kleidung in blauen Säcken aus dem Auto, sie hielten nicht einmal an, sie fragten nicht, wer wir sind und warum wir gekommen waren. Sie fuhren einfach weiter. Ich glaube, nur ein einziger Mann aus dem Dorf hat sich um uns gekümmert.

*Wie war das in der Schule?*

Im ersten Jahr hatten wir Flüchtlingskinder einen Deutschkurs und eine sehr nette Lehrerin. In der Regelklasse wurde es dann sehr bedrückend, ich fühlte mich sehr fremd, anders und allein. Erst nach einer Weile schloss ich Freundschaften. Aber kaum hatte ich mich ein bisschen eingelebt, beschlossen meine Eltern, wegen der Arbeit nach Hamburg zu ziehen. Wir hatten damals nur eine Aufenthaltserlaubnis, die alle zwei Jahre verlängert werden musste. So gab es immer eine große Unsicherheit.



Auch zur zweiten Parlamentswahl 2015 in der Türkei unterstützten viele Mitglieder der LINKEN aus Baden-Württemberg die HDP (Demokratische Partei der Völker) als WahlbeobachterInnen. Trotz massiver Behinderungen, Bombenanschläge, Verhaftungen und kriegsähnlichen Zuständen in den kurdischen Städten konnte die HDP wieder mit 59 Abgeordneten ins Parlament einziehen. Auf dem Bild die baden-württembergischen WahlbeobachterInnen vor der HDP-Zentrale. Vorne von links: Hazal Rakip, Heike Hänsel, Gökay Akbulut, die Diyarbakirer HDP-Parlamentsabgeordneten Felekna Uca und Ziyar Pir, Karin Binder, Alexander Kauz, dahinter: Tobias Pflüger, Lukas Obwald, Marvin Wiegand, Rudolf Bürgel, Gül Güzel, Manfred Engemann. Das Foto machte Detlef Gräser.

Der Druck, ob man bleiben darf oder ob man abgeschoben wird, war sehr groß.

Meine Eltern bewarben sich immer um Arbeit. Mit wenig Qualifikation waren die Chancen gering, weil gesagt wurde, dass es deutsche Bewerber für den Arbeitsplatz gibt. Es gab diese Vorrangregelung. Meine Mutter fing dann an zu putzen und hat in der Gastronomie gearbeitet, mein Vater in einer Möbelfirma, später als Lieferfahrer. Das waren halt Jobs mit sehr geringer Bezahlung und viel Unsicherheit.

Ich kam aufs Gymnasium, meine Brüder auf die Realschule.  
*Fiel dir das Lernen leicht?*

Ja. Ich habe relativ schnell Deutsch gelernt, anschließend Englisch und Französisch. Innerhalb kürzester Zeit drei Sprachen! Ich lernte sehr gern, ich wollte studieren – auch weil es an den Universitäten starke linke, sozialistische, kurdische Bewegungen gibt. Für mich war immer die Verbindung: Ich gehe studieren und werde politisch aktiv. Schon mit 12, 14 Jahren wollte ich das so.

2003 machte ich Abitur, studiert habe ich in Heidelberg.

*Zur Landtagswahl kandidierst du in Mannheim. Wie erlebst du die Stadt?*

Seit Anfang 2011 lebe ich hier und fühle mich wohl. Mannheim ist eine Arbeiter-, eine Migrantenstadt mit ganz unterschiedlichen Facetten. Hier leben etwas mehr als 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner, der Anteil von Migrantinnen und Migranten beträgt 40 Prozent, bei Kindern und Jugendlichen 60 Prozent. Die Stadt ist stark geprägt von unterschiedlichen Kulturen und Nationalitäten. In Mannheim habe ich schnell die Stimmung gegenüber Migranten und Flüchtlingen wahrgenommen. Deswegen war und ist das für mich so ein wichtiges Thema, ich bin auch deshalb in den Gemeinderat gewählt worden.

Vier Jahre arbeitete ich bei einem Bildungsträger in der Region und beriet Jugendliche und deren Eltern zu Bildungsmöglichkeiten in Deutschland. Allein in Baden-Württemberg haben fast 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine abgeschlossene Ausbildung.

*Wann und wo warst du das erste Mal politisch aktiv?*

1992/93, kurz nachdem ich nach Deutschland gekommen war. Es gab kurdische Festivals und Demonstrationen als Protest gegen den Krieg in der Türkei. Zu den Veranstaltungen sind wir mit meinen Eltern im Bus nachts stundenlang quer durch Deutschland gefahren. Ich bin quasi auf diesen Demos aufgewachsen.

Selbst aktiv wurde ich erstmals in Hamburg, im Stadtteil Sternschanze. Dort hatten wir Kontakt zu linken und autonomen Gruppen. Als Schülerin war

ich bei einigen Aktionen dabei. Es gab Aktionen und Demos zu ganz unterschiedlichen Themen.

*Wann bist du in die Partei eingetreten?*

2007, noch zu Zeiten der WASG, während meines Studiums.

*Wie stellst du dir deine Partei idealerweise vor?*

Idealerweise wünsche ich mir mehr Dynamik. Ich habe das Gefühl, dass zu viel Zeit und Kraft für interne Fragen, für Satzungsarbeiten draufgehen. Mir fehlt da ein wenig der direkte Bezug zu den Menschen.

*Wie viele Mitglieder hat die Partei in Mannheim?*

Ungefähr 150, 160, etwa gleichbleibend viele. Der Anteil der jüngeren Mitglieder wächst.

*Du sitzt im Gemeinderat, in mehreren Ausschüssen. Und in zwei Monaten vielleicht im Landtag. Hast du irgendwie Manschetten davor, für die Politik eines großen Bundeslandes Verantwortung mit zu tragen?*

Nein. Ich werde bestimmt etwas Zeit brauchen, bis ich mich in die parlamentarische Tätigkeit eingearbeitet habe. Aber ich denke, dass ich das gut hinkriegen werde. Mein Mandat im Gemeinderat will ich behalten, der Bezug zur kommunalen Ebene ist mir sehr wichtig.

*In Umfragen liegt DIE LINKE zwischen drei und vier Prozent, zweimal war sie bei genau fünf Prozent. Das heißt, es ist noch sehr viel Anstrengung nötig, um erstmals den Sprung ins Landesparlament zu schaffen. Du bist optimistisch?*

Ich bin sehr optimistisch. Wir können im Grunde, unabhängig vom konkreten Ergebnis, nur gewinnen. Denn das ist auch ein Stück Parteiaufbau. Wir

lernen so oder so viel durch unseren Wahlantritt und entwickeln uns weiter.

Beim letzten Mal erhielten wir nur 2,8 Prozent, weil die Ausgangslage eine ganz andere war als diesmal. Damals gab es nach der Reaktorkatastrophe den „Fukushima-Effekt“, wodurch viele unserer möglichen Wählerinnen und Wähler für die Grünen gestimmt haben – auch mit der Überlegung, dass DIE LINKE eh keine Chance auf den Einzug in den Landtag hat. Mittlerweile änderte sich die Situation. Bei den Kommunalwahlen schnitten wir sehr gut ab – die Zahl unserer Mandate konnten wir fast verdoppeln. Wir sind nun in der Kommunalpolitik gut verankert.

Ich denke, wir werden Stimmen von den Grünen und von der SPD bekommen. Und von den Migranten, die ich mobilisieren werde. Wir haben ein großes Potenzial an Migranten in Baden-Württemberg, in vielen Städten, mit vielen Jugendlichen. Da werde ich mich sehr stark engagieren.

*Interview: Stefan Richter (gekürzt)*

### Gökay Akbulut

geboren 1982 in der Osttürkei, lebte bei Uelzen und in Hamburg, studierte in Heidelberg (Politische Wissenschaften, Soziologie und Öffentliches Recht), machte ein Auslandssemester in Kanada und ein Praktikum an der UNO: „Ich war an sehr unterschiedlichen Orten, das war für mich immer sehr anziehend“. Seit 2012 ist sie im LINKEN-Kreisvorstand in Mannheim, seit 2013 im Landesvorstand Baden-Württemberg, 2014 wurde sie als Stadträtin in Mannheim gewählt. Gökay kandidiert bei der Landtagswahl am 13. März in Mannheim.

## Digitalisierung bietet Chance zur Arbeitszeitverkürzung

**Von Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.**

Es ist die derzeit „heiße Sache“: „Digitalisierung 4.0“ oder „Industrie 4.0“, laut ihren Fans die „vierte industrielle Revolution“. Dies bedeute „extreme Automatisierung und Vernetzung“, heißt es. Die Unternehmer bringen sich schon mal in Stellung: Sie fordern längere Arbeitszeiten, mobilere und flexiblere Arbeitszeiten zur Bewältigung der neuen „Herausforderungen“. Ein genauer Blick zeigt jedoch: Ökonomisch betrachtet ist diese „Revolution“ gar nichts so Neues. Und zweitens ist sie keine Naturgewalt, der wir uns beugen müssen, sondern die wir gestalten können.

Unter den Stichworten „Industrie 4.0“ und „Digitalisierung“ werden derzeit viele technische Neuerungen zusammengefasst: Fahrerlose Autos, 3-D-Drucker oder künstliche Intelligenz. Maschinen können per Software gesteu-

ert und miteinander vernetzt werden, über das Internet werden sie gewartet. Dabei werden Daten gesammelt, die für neue Geschäfte oder Produktionsprozesse zur Verfügung stehen.

### Das Kapital will mehr Rendite

Allgemein gesagt ermöglicht die Digitalisierung den Unternehmen eine Veränderung der Produktionsprozesse und Betriebsabläufe. Technisch mag das aufregend sein. Ökonomisch ist der Zweck altbekannt: Steigerung der Produktivität zur Steigerung der Rendite oder des Gewinns. So weit, so wenig revolutionär.

Dennoch bereitet derzeit die globale Elite den Rest der Menschheit auf die Veränderungen vor – mit unüberhörbaren Drohungen. Das diesjährige Weltwirtschaftsforum (WEF), wo sich die Mächtigen der Welt treffen, wählte die Industrie 4.0 zu ihrem zentralen Thema. Sieben Millionen Jobs, so ein Bericht für das WEF, würden verloren gehen. Die Lohnabhängigen müssten sich anpassen

an den Wandel, lebenslang lernen, flexibel werden.

In die gleiche Kerbe haut der deutsche Arbeitgeberverband BDA: In seinem Positionspapier zur Digitalisierung sieht er eine zunehmende „Bedeutung von Werk- und Dienstverträgen“, von Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung. Arbeit müsse künftig an allen möglichen Orten, rund um die Uhr für die Unternehmen verfügbar sein, fordert der Unternehmerverein. Denn „Digitalisierung und zunehmende internationale Arbeitsteilung bedeuten eine zunehmende weltweite Vernetzung der Arbeitswelt über Zeitzonen hinweg“ sowie „kurzfristige Schwankungen der Auftragslage“, an die sich die Arbeitnehmer anpassen müssten. Neue „Arbeitsformen entstehen, die nicht durch Regulierung eingeschränkt werden sollten“. Alte Regulierung will der BDA ebenfalls abgeschafft sehen. Zum Beispiel den Acht-Stunden-Tag oder die Regelungen zur Beschränkung von Sonn- und Feiertagsarbeit.

Jedoch: Der Treiber der Entwicklung ist nicht die „technologische Entwicklung“ – ein 3-D-Drucker als solcher zwingt die Menschen zu gar nichts. Treiber sind die Unternehmen und ihr Interesse, dem die Digitalisierung dienen soll: mehr Rendite.

### **Digitalisierung erzwingt keine prekären Arbeitsverhältnisse**

Wird die Arbeit zunehmend vernetzt, steigt der Stress immer mehr an, dann werden Forderungen der Gewerkschaften – die seit langem aufgestellt werden – zur Kontrolle der Arbeitsverausgabung immer wichtiger. Die betriebliche Mitbestimmung muss gestärkt werden, um bei den Personal- und Stellenplänen erzwingbare Vereinbarungen durchsetzen zu können. Da auch der Betriebsrat nicht alles weiß, muss die Position der Beschäftigten gestärkt werden. Sie müssen das Recht bekommen, in Arbeitsgruppen während der Arbeitszeit über ihre Arbeitssituation und -belastung zu diskutieren und erzwingbare Forderungen zur Stellenbesetzung aufzustellen. Hätten wir heute bereits solche Rechte der Betriebsräte und der Beschäftigten, gäbe es zum Beispiel in den Krankenhäusern rund 160 000 zusätzliches Pflegepersonal.

Zudem wird es gerade in Zeiten der weiteren technologischen Veränderungen wichtig das Normalarbeitsverhältnis zu stärken und gesetzlich Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge abzuschaffen oder mindestens stark zurückzudrängen. Die Digitalisierung erzwingt keine derartigen prekären Arbeitsverhältnisse.

Mit ihrer Zurückdrängung wird auch die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften wieder verbessert. Eine höhere Tarifbindung wird dann möglich und

vor allem wieder deutlich höhere Lohnabschlüsse, damit die Lohnverluste der letzten 15 Jahre wieder aufgeholt werden können.

Außerdem: Warum nicht die höhere Produktivität für eine Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich nutzen? Warum nicht das alte Ziel der 30-Stunden-Woche wieder angehen?

*linksfraktion.de, 27. Januar 2016*

## **DIE LINKE: Arbeitnehmer bei Krankenkassenbeiträgen entlasten!**

### **Ministerpräsident Kretschmann ver-gisst die Menschen, denkt nur an Wirtschaft**

Stuttgart, den 19. Januar 2016: Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN und Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, reagiert auf die Diskussion innerhalb der Regierungskoalition in Baden-Württemberg um die gleichmäßige Finanzierung der Krankenkassenbeiträge von Beschäftigten und Arbeitgebern. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtet heute über den Konfrontationskurs zwischen Grünen und SPD im Land bezüglich der Krankenkassenbeiträge.

„Winfried Kretschmann und seine Grünen in Baden-Württemberg müssen sich öffentlich erklären, ob sie für eine paritätische, also gerechte und gleichverteilte Finanzierung der Krankenversicherung sind oder nicht“, fordert Bernd Riexinger. „Die Grünen müssen jetzt zeigen, ob sie auf der Seite der Beschäftigten und der Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg stehen oder einseitig an der Seite der Unternehmer. Die Alternative zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge sind höhere Zusatzbeiträge für die Versicherten, also eine noch höhere Belastung der Versicherten.“

DIE LINKE fordert, dass das Land Baden-Württemberg im Bundesrat darauf drängt,

- zur paritätisch finanzierten Krankenkassenversicherung zurückzukehren, in die Beschäftigte und Arbeitgeber zu gleichen Anteilen einzahlen,
- die gesetzliche Krankenversicherung zu einer solidarischen Gesundheitsversicherung weiterzuentwickeln, in die alle nach ihrem Einkommen einzahlen und alle Einkommensquellen einbezogen werden.

### **Reguläre Vollzeitbeschäftigung wird für junge Menschen zum Auslaufmodell**

Trotz der regelmäßigen Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt und der vermeintlich guten Wirtschaftslage werden normale Jobs gerade für junge Menschen immer mehr zum Auslaufmodell.

Fast die Hälfte der Unter-25-Jährigen

hat keine reguläre Vollzeitbeschäftigung. Sie sind vor allem befristet beschäftigt oder müssen sich mit Zeitarbeit, Teilzeit oder gar Minijobs durchschlagen. Jungen Menschen wird es dadurch schwer gemacht, ihr Leben zu planen. Wer eine Familie will, muss sich dafür ohne eine auch nur halbwegs gesicherte Zukunftsperspektive entscheiden.“

Bei den Unter-25-Jährigen Beschäftigten arbeiten 46,4 Prozent in atypischen Arbeitsverhältnissen, bei den Unter-35-Jährigen sind es immer noch 27,9 Prozent. Von besonderer Bedeutung sind Befristungen, die bei jüngeren Beschäftigten mehr als dreimal häufiger vorkommen. Das geht aus einer Umfrage im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hervor.

Deswegen ist „Befristung und Leiharbeit stoppen!“ eine der zentralen Forderungen der Kampagne „Das muss drin sein“, mit der sich DIE LINKE für gute Arbeit und ein gutes Leben für alle einsetzt. Konkret müssen sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen verboten werden. Spätestens jeder dritte Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss ein unbefristeter Vertrag sein.

Wer jetzt glaubt, dass vor allem kleine Familienunternehmen – wie der Malermeister oder Elektriker um die Ecke – befristet einstellen, um kurzfristig größere Aufträge zu bewältigen oder weil sie dringend eine Elternzeit- oder Krankheitsvertretung brauchen, der täuscht sich gewaltig. Es sind gerade die großen Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten, die mit 70 Prozent, und auch der öffentliche Dienst mit 60 Prozent, die besonders häufig befristet einstellen. (IAB-Kurzbericht 14/2010 bzw. IAB-Betriebspanel 2012). Gerade der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion und besondere soziale Verantwortung und darf nicht Vorreiter bei der Deregulierung von Arbeit sein.

Daran zeigt sich, dass befristete Arbeitsverträge meistens keine vernünftigen Gründe haben, sondern dazu dienen den Kündigungsschutz zu umgehen und den Unternehmen Flexibilität auf Kosten der Beschäftigten zu ermöglichen. Hinter dem sogenannten Jobwunder steckt eine dramatische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und die Bundesregierung findet darauf keine Antwort. Deswegen fordert DIE LINKE Befristung und Leiharbeit stoppen!

Mit ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ stellt DIE LINKE bis 2017 fünf Kernforderungen für gute Arbeit und ein gutes Leben in den Mittelpunkt: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnung und Energie bezahlbar machen sowie mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

## FRIST oder STIRB – Aktion gegen befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit

Im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ führte DIE LINKE in Karlsruhe gemeinsam mit den LandtagskandidatInnen Sabine Skubsch und Michel Brand und der Karlsruher Performancegruppe „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ im letzten Jahr einen Sklavenmarkt auf dem Europaplatz in der Innenstadt durch.

Mit einem Stand und mehreren Auftritten der Performancegruppe machten wir aufmerksam auf die prekären Arbeitsbedingungen und die gesellschaftlichen Auswirkungen von Leiharbeit und befristeten Verträgen. Einige Hundert Passanten blieben stehen und verfolgten die Aufführungen. Es betrifft ja fast jede und jeden.

Elwis Capece berichtete über rund 5.300 Leiharbeitsverhältnisse und fast 44.700 Teilzeitjobs in Karlsruhe. Er verurteilte die Versuche von Unternehmen aus dem Karlsruher Raum, den Mindestlohn von 8,50 Euro zu unterlaufen – unter dem Deckmantel Flüchtlingen zur Arbeit zu verhelfen. In Baden-Württemberg arbeiten 120 000 als LeiharbeiterInnen



und haben fast 500 000 Menschen einen befristeten Arbeitsvertrag.

Vielen Dank an die Schauspieler der Karlsruher Performancegruppe „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“,

deren Film über die Aktion pünktlich zum „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ fertig wurde. Der Film ist unter YouTube zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=tFgTbPuqL8Y>

### GewerkschafterInnen-Aufruf für die Wahl der LINKEN in den Landtag Baden-Württemberg

## Wir brauchen eine Stimme für soziale Gerechtigkeit und starke Gewerkschaften! Dieses Mal DIE LINKE wählen!

DIE LINKE gehört in den Landtag, weil

- sie **Druck für gute Arbeit** macht. Arbeit, von der man leben kann und die eine Rente schafft, mit der man nicht in die Altersarmut geht. Die LINKE will Leiharbeit, grundlose Befristungen und den Missbrauch von Werkverträgen stoppen. Neben den Großbetrieben wird im öffentlichen Dienst mittlerweile am meisten befristet beschäftigt. DIE LINKE will, dass der öffentliche Dienst im Land seiner Vorbildfunktion wieder gerecht wird. Gemeinsam mit den Gewerkschaften streitet sie dafür, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden. Nur DIE LINKE setzt sich dafür ein, öffentliche Aufträge an soziale und tarifliche Mindeststandards zu binden. Streiks wie bei den Erzieherinnen und Postlern wollen wir weiterhin unterstützen und ihnen im Landtag eine Stimme geben.
- sie einen Plan für **bezahlbare Mieten** hat. DIE LINKE fordert öffentliche Investitionen des Landes in bezahlbaren Wohnraum von mindestens 250 Millionen Euro und will wirksame Obergrenzen für Mietsteigerungen einführen.
- sie für **Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit** eintritt. Die

LINKE will Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern verhindern, auch auf dem Land. Sie ist die Stimme in der Politik, die sich für die Aufwertung sozialer Berufe einsetzt. Gute Löhne und mehr Personal in Gesundheit und Pflege – das ist im Interesse aller.

- Weil alle eine **Chance auf gute Bildung** haben müssen. Schulerfolg und Studium dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Statt größenwahnsinniger Bauprojekte wie Stuttgart 21 fordert DIE LINKE mehr Geld für Bildung, kleinere Schulklassen, gebührenfreie Kitas und eine kostenfreie warme Mahlzeit in Schulen.
- sie als einzige Partei **Privatisierungen und TTIP** wirklich stoppen will. Wohnungen, Energie und Nahverkehr gehören ebenso wie Gesundheit und Bildung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE lehnt Privatisierungen und das Freihandelsabkommen TTIP anders als Kretschmann und die SPD eindeutig ab.
- sie für ein **weltoffenes und soziales Baden-Württemberg** eintritt. Die LINKE will Rassismus und Rechtspopulismus bekämpfen und die Demokratie stärken. Als Gewerkschafterinnen und Gewerk-

schafter wollen wir ein Zeichen setzen: Menschen in Not muss man helfen. Fluchtursachen verschwinden nicht dadurch, dass wir die Grenzen schließen. Aber wir schaffen das nur mit einer anderen Politik. DIE LINKE fordert als Antwort auf die Überforderung der Kommunen eine Investitionsoffensive, die allen Menschen zu Gute kommt: mehr Geld für die Kommunen, für bezahlbare Wohnungen, für mehr Kitaplätze und gute Schulen.

Deshalb wählen wir dieses Mal DIE LINKE.

Die Liste der UnterzeichnerInnen ist auf der Website abrufbar: [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)

Für den Druck und Versand des Flugblatts brauchen wir Spenden. Deshalb bitten wir um Spenden auf die unten angegebene Kontonr. DIE LINKE. Baden-Württemberg; IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, Postbank Stuttgart, BIC: PBNKDEFF

Zahlungsgrund: „Spende Gewerkschafter-Aufruf“, Vorname, Name, Adresse. Bitte gib unbedingt Deinen Namen und Deine Adresse an. Auf Wunsch stellen wir Dir gerne eine Spendenbescheinigung aus, dann bitte beim Zahlungsgrund auch angeben: „Bitte Bescheinigung“ – und deutlich schreiben!

## „Come in and burn out“

DIE LINKE spricht über die Krankenhausfinanzierung

Für alle drei Kandidaten der LINKEN im Stadt- und Landkreis Heilbronn ist es ein wichtiges Thema, die Krankenhausfinanzierung und die damit einhergehenden Probleme für Beschäftigte und Patienten. Aus diesem Grund wurde der Krankenhaus-Experte der Bundestagsfraktion der LINKEN, Harald Weinberg, ins Heilbronner Gewerkschaftshaus geladen um über die aktuellen Entwicklungen zu berichten.

Ayse Boran, Kandidatin im Wahlkreis Heilbronn, begrüßte die Anwesenden. Johannes Müllerschön, Neckarsulmer Kandidat, stellte die Situation vor Ort vor und seine bisherige Arbeit im Kreistag, bei der ihn die SLK Kliniken als wichtiges Thema bis heute begleiten. Sein spezielles Augenmerk gilt dabei den Beschäftigten und Patienten.



Weinberg hatte dann wenig Erfreuliches zu berichten. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre im Krankenhausbereich gleicht einer „kapitalistischen Landnahme“, die Zahl der öffentlichen Häuser sank um die Hälfte, während die privaten Häuser zunahmen. Gesundheitsversorgung als Geschäftsmodell, wobei eine allgemeine und flächendeckende Gesundheitsversorgung so nicht abzudecken ist.

„Die Lage für die Beschäftigten hat sich zunehmend verschlechtert, Arbeitsverdichtung und Arbeitsdruck führen zu chronischer Überlastung“, so Weinberg. Das wirkt sich auch auf die Patienten und ihre Gesundheit aus. Dringend erforderlich sind eine gesetzliche Personalbemessung und eine Abschaffung des Fallpauschalen-Systems.

Aber auch die Bundesländer sind in der Pflicht die Krankenhausinvestitionen vollständig zu bezahlen, aktuell wird nur etwa 40% der Kosten vom Land Baden-Württemberg abgedeckt. Den Rest zahlen Kommunen, Beschäftigte und die Patienten, etwa über teure Parkgebühren.

Volker Bohn, Kandidat im Wahlkreis Eppingen, beendete die Diskussion mit einem fachmännischen Publikum indem er auf die kommende Landtagswahl am 13.3. verwies: „Zeit, dass sich was dreht. Wir brauchen ein Baden-Württemberg plus sozial.“

## General Electric (GE) plant Massenentlassungen für das Werk Mannheim

**IG Metall und Belegschaft leisten Widerstand**

Am 13. Januar 2016 demonstrierten rund 1.200 Beschäftigten von GE Mannheim (ehemals Alstom) nach einer Betriebsversammlung vom Werk in Mannheim-Käfertal in die Mannheimer Innenstadt zum Marktplatz. Hierbei wurden sie von Beschäftigten und Delegationen von vielen anderen Betrieben unterstützt.

Bei der Kundgebung sprachen Elisabeth Möller, Konzernbetriebsratsvorsitzende, Kai Müller, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats, und Reinhold Götz, 1. Bevollmächtigter IG Metall Mannheim. Außerdem sprachen Oberbürgermeister Peter Kurz und der baden-württembergische Wirtschaftsminister Nils Schmid.

Worum geht es?

Der US-Konzern General Electric (GE) hat dem Europäischen Betriebsrat der früheren Alstom-Gesellschaften mitgeteilt, welche Bereiche im Zuge der Eingliederung der ehemaligen Alstom-Bereiche in die GE-Konzernstruktur auf der Strecke bleiben.

Dabei sollen von 24 500 Arbeitsplätzen in Europa 6819 Arbeitsplätze abgebaut werden. An den Standorten in Deutschland ist der Abbau von mehr als 1700 Arbeitsplätzen vorgesehen. Alleine in Mannheim sollen nach den vorgeleg-

ten Zahlen 1066 Arbeitsplätze wegfallen.

Gerechnet auf die ca. 1.800 Beschäftigte in Mannheim ist das 2/3 der Belegschaft. Ob der Standort bei einem derartigen Kahlschlag überhaupt noch eine Zukunft hat, ist mehr wie ungewiss. Die Produktion, wo die Turbinen für große Kraftwerksanlagen hergestellt werden, und produktionsnahe Angestelltenbereiche sollen geschlossen werden. Bei Engineering, Einkauf, Controlling, Personalwesen und IT sollen Stellen abgebaut werden. Sie sind Opfer von Synergien, die durch das Zusammenschmelzen von verschiedenen Werken möglich werden sollen.

Die Fabrik selbst leidet unter einer dauerhaften Unterauslastung, da beim Großkraftwerksbau auf Grund der Energiewende in Europa und hier vor allem in Deutschland ein Auftragseinbruch eingetreten ist. Der letzte große Auftrag war für den umstrittenen Block 9 des Großkraftwerks Mannheim. Zuletzt ist die Fabrik nur noch zu einem Viertel ausgelastet und es gibt Kurzarbeit.

Neben der Fabrikschließung in Mannheim soll auch das Werk im saarländischen Bexbach komplett geschlossen werden. Insgesamt würden dort 170 Arbeitsplätze abgebaut werden. Ebenso betroffen von den Plänen ist der Standort

### Solidarität mit Alstom-Angestellten:

Mannheim. Am 13. Januar 2016 wurde dem Betriebsrat und den Beschäftigten des Alstom-Werks in Käfertal bekanntgegeben, dass 1.066 der etwa 1.800 Angestellten entlassen werden sollen. Nach der Übernahme des Käfertaler Standortes durch den US-amerikanischen Mischkonzern General Electric (GE) im vergangenen Jahr wurde mit der Entlassung einiger Hundert Angestellten gerechnet. Der Betriebsrat hat daraufhin im Dezember dem Management einen Zukunftsplan vorgelegt, mit dem der Standort durch eine Produktionsumstellung gesichert werden könnte. Die Nachfrage nach den dort produzierten Turbinen für Kohle- und Gaskraftwerke ist in den vergangenen Jahren gesunken. Die Linke. Mannheim zeigt sich solidarisch mit den Angestellten und unterstützt ihren Kampf gegen die Entlassungen: „Mit 1.800 Beschäftigten ist das Werk in Käfertal das größte von GE in Deutschland. Die Angestellten sollen auch weiterhin hier beschäftigt werden. Dass nun fast zwei Drittel der Belegschaft entlassen wer-

den soll, ist ein Schlag ins Gesicht aller – besonders für den Betriebsrat, der ein Zukunftskonzept für den Standort vorgelegt hat“, zeigt sich Hilke Hochheiden, Kreissprecherin und Landtagskandidatin in Mannheim-Süd, erschüttert. Auch die Stadträtin und Landtagskandidatin in Mannheim-Nord, Gökay Abulut, solidarisiert sich mit den Beschäftigten von GE: „Das Traditionswerk in Käfertal hat für Mannheim und die Region eine herausragende Bedeutung. GE stellt ohne Not über Tausend Menschen vor das Nichts. Gerade auch die Jugend ist durch den Wegfall von Ausbildungsplätzen betroffen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Die Konzernbosse, die vom Ankauf der Alstom-Werke profitiert haben, müssen der sozialen Verantwortung ihrer Angestellten gerecht werden.“ Der Mannheimer Linke-Bundestagsabgeordnete Michael Schlecht sagte ebenfalls seinen Beistand für die Beschäftigten zu.

<http://www.dielinke-ma.de>



in Stuttgart, wo von derzeit 380 Arbeitsplätzen nochmals 266 wegfielen. Eine vorangegangene Restrukturierung hatte den Engineering-Standort bereits fast halbiert.

Die Geschäftsleitung hat es versäumt, die Produktion auf andere Produkte umzustellen. Der Betriebsrat und die IG Metall haben ein alternatives Konzept ausgearbeitet und im Dezember 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt. Hiermit ist es möglich, diese Umstellung zu schaffen. Unter anderen sieht das Konzept vor, dass im Werk Mannheim künftig Behälter für AKW-Castoren hergestellt werden.

Offensichtlich will die Geschäftsleitung hierauf aber nicht eingehen.

Die Belegschaft von GE Mannheim, vormals Alstom, ABB und BBC, hat große Erfahrung im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, und konnte bisher immer erfolgreich das Schlimmste verhindern. Dies scheint aber jetzt die schwierigste Auseinandersetzung zu werden. Es geht um die Substanz des gesamten Werkes.

Der Kampf der GE Belegschaft hat die Unterstützung der gesamten Region und auch vieler Politiker. Vielleicht gelingt es ja doch, dass das Konzept des Betriebsrats, oder zumindest Teile davon, eine Chance haben. Der öffentliche Druck auf das GE Management muss dann nochmals erheblich zunehmen und sehr groß sein.

Der Kahlschlag bei GE/Alstom könnte das Ende des traditionellen Kraftwerksbaus in Mannheim bedeuten. Dies wäre ein großer Schlag für Mannheim und die gesamte Region. Zumal auch bei vielen anderen Firmen Personalabbau droht. Schließung von Halberg in Ludwigshafen, Schließung der Produktion bei ABB Ladenburg, Personalabbau bei Wabco und Kurzarbeit bei Caterpillar in Mannheim seien hier genannt. Und die beabsichtigte Schließung der Produktion bei Bombardier in Mannheim ist entgegen früherer Vermeldungen noch nicht endgültig vom Tisch. Die Erklärungsfrist für ein bereits paraphiertes Einigungspapier mit der IG Metall hat die Geschäftsleitung zweimal, zuletzt bis zum 22.1.2016 verlängern lassen. Ein Grund mehr, dass alle Menschen in Mannheim zusammenstehen und den Kahlschlag bei GE/Alstom und anderswo verhindern.

*Roland Schuster*

## Gabriels Modernisierungspakt ist ein Rohrkrepiierer

**„Deutschland braucht zwar dringend sofort mehr öffentliche Investitionen, aber keinen Bundeswirtschaftsminister, der dazu nur unbrauchbare Papiere schreiben lässt“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Berichterstattung zu Sigmar Gabriels Konzept „Ein Modernisierungspakt für Deutschland 2025“. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Ohne seriöse Finanzierung ist Sigmar Gabriels Investitionskonzept ein Papiertiger. Denn aus ideologischer Verbohrtheit und Angst vor dem Bundesfinanzminister scheut Sigmar Gabriel weiterhin die dringend notwendige Einführung einer Vermögenssteuer für Superreiche. Stattdessen will er Multimillionäre mit Renditegeschenken dazu bringen die gesellschaftlich notwendige

Investitionen zu tätigen. Das ist in Anbetracht der bereits jetzt schon völlig in Schieflage geratenen Vermögensverteilung aus sozialen und ökonomischen Gründen vollkommen verantwortungslos, weil es nur zu Lasten der Verbraucher und Steuerzahler möglich ist. Mit Gabriels Vorschlägen ginge das Staatsversagen lediglich in eine neue Runde und eine dringend notwendige soziale Wende wäre nicht möglich.“

Deutschland braucht mindestens ein sofortiges öffentliches Investitionsprogramm von rund 100 Milliarden Euro im Jahr. Als Anschubfinanzierung sollte das billige Geld der EZB eingesetzt werden. Mittelfristig ist ein solches Programm budgetneutral durch die Wiedereinführung einer fünfprozentigen Steuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro finanzierbar.“

## Weltwirtschaftsforum: Zurück in die Realität

**Von Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**

Im luxuriösen Skiort Davos in den Schweizer Alpen, gesponsert von globalen Großkonzernen, treffen sich alljährlich seit 1971 die Eliten aus Politik und Konzernetagen dieser Welt, garniert durch handverlesene Wissenschaftler. Selbsterklärte Mission der erlauchten Runde ist nichts Geringeres, als in entspannter Atmosphäre die Herausforderungen der Zukunft zu debattieren, um so den „Zustand der Welt zu verbessern“, wie es in der Selbstdarstellung heißt. Dafür reisten letztes Jahr 2.500 Teilnehmer in 200 Privatjets aus 140 Ländern an und wurden von tausenden Polizisten sowie der schweizerischen und österreichischen Luftwaffe beschützt. Die Welt ist seitdem nicht besser geworden.

Zentrales Thema des Weltwirtschaftsforums sollte 2016 offiziell die Vierte Industrielle Revolution sein. Der Begriff „Industrie 4.0“ geht auf ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Forschungsprojekt zurück. Doch die abgehobene und diffuse Wie-wird-es-mal-sein-Debatte über Automatisierungstechniken wurde von der Realität eingeholt. Die Flüchtlingskrise und die aus dem Ruder laufenden militärischen Konflikte warfen ihren Schatten auch auf das wirtschaftliche Elitetreffen in den Schweizer Bergen. Man könnte auch sagen: Das Weltwirtschaftsforum steht in Anbetracht der gegenwärtigen Probleme unter einem Realitätsschock. Spiegel-Online glaubte sogar, eine „Untergangsstimmung vor Alpenkulisse“ ausgemacht zu haben.

Flüchtlingskanzlerin Angela Merkel verzichtete vorsorglich auf den Besuch

und schickte statt ihrer Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in die Schweiz. Er ist für seine zugenähten Hosentaschen bekannt. Wenn selbst er in Davos auf dem Podium jetzt davon spricht, dass Milliardensummen für Investitionen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge für eine Art Marshall-Plan in die Hand genommen werden müssten, dann zeigt auch dies, wie ernst die Lage ist. Die Forderung Schäubles geht zwar in die richtige Richtung. Die Frage ist allerdings: Wieso präsentiert er diese Einsicht erst er jetzt? Wieso hat er das als langjähriger Finanzminister nicht schon längst umgesetzt?

Bereits vor einem Jahr, als man sich zur gleichen Zeit in Davos traf, musste das Hilfsprogramm der UN-Welternährungsorganisation den monatlich gutgeschriebenen Betrag pro Flüchtling im Libanon von 30 auf 19 Dollar reduzieren. Im Sommer wurde der Betrag dann sogar auf 13,50 Dollar pro Monat gekürzt.

Die Folge: Spätestens gegen Mitte des Monats begannen die Familien in den Lagern zu hungern. Seitdem haben sich Hunderttausende auf den Weg nach Deutschland gemacht. Viele sind dabei gestorben. Das Gerede in Davos von vor einem Jahr konnte das nicht verhindern. Es ist zu befürchten, dass es dieses Jahr nicht anders sein wird, denn von einem Ende der verhängnisvollen Regime-Change-Politik, die schreckliche Bürgerkriege verursacht hat, von einem Ende des Drohnenkriegs oder einem Waffenexportverbot redet auf dem Weltwirtschaftsforum niemand. Solange dies so ist, bleibt die Verbesserung des Zustands der Welt so weit entfernt wie die Bergchalets in Davos von der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen.

Wer kandidiert wo?



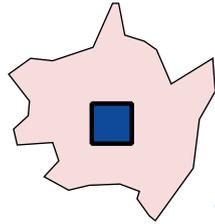
Reiner Hofmann  
WK 3 Stuttgart III



Hannes Rockenbauch  
WK 1 Stuttgart I



Bernd Riexinger  
WK 4 Stuttgart IV



**STUTTART**



Johanna Tiarks  
WK 2 Stuttgart II



Hilke Hochheiden  
WK 36 Mannheim II



Göky Akbulut  
WK 35 Mannheim I



Matthias Hördt  
WK 39 Weinheim



Thomas Wenzel  
WK 41 Sinsheim



Sahra Mirow  
WK 34 Heidelberg



Hazal Rakip  
WK 37 Wiesloch



Sabine Skubusch  
WK 28 Karlsruhe II



Heinrich Stürtz  
WK 40 Schwetzingen



Michel Brandt  
WK 27 Karlsruhe I



Heinz-Peter Schwertges  
WK 29 Bruchsal



Valeri Kalaschnikow  
WK 30 Bretten



Volker Bohn  
WK 19 Eppingen



Ayşe Boran  
WK 18 Heilbronn



Peter Schimke  
WK 13 Vaihingen/Enz



Johannes Müllerschön  
WK 20 Neckarsulm



Walter Kubach  
WK 14 Bietigheim-Bissingen



Jörg Drechsel  
WK 17 Backnang



Dagmar Uhlrig  
WK 15 Waiblingen



Ernst Kern  
WK 21 Hohenlohe



Stefanie Rausch  
WK 16 Schorndorf



Kai Bock  
WK 22 Schwäbisch Hall



Roland Hamm  
WK 26 Aalen



Alexander Relea-Linder  
WK 25 Schwäbisch Gmünd



Sascha Kleemann  
WK 32 Rastatt



Jürgen Creutzmann  
WK 31 Ettlingen



Oliver Kube  
WK 12 Ludwigsburg



Unsere KandidatInnen in den Wahlkreisen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016

## Schere Arm Reich: DIE LINKE zu Oxfam-Studie

**Landesregierung muss Schere zwischen Arm und Reich im Ländle schließen! Unsere Forderungen: Landesweites Sozialticket für Bus & Bahn, Millionärssteuer ab der zweiten Million.**

Stuttgart, den 18. Januar 2016: DIE LINKE Baden-Württemberg nimmt die aktuelle Armuts-Reichtums-Studie der Hilfsorganisation Oxfam zum Anlass, auf die Schere zwischen Arm und Reich im Land Baden-Württemberg hinzuweisen: DIE LINKE fordert ein landesweites Sozialticket und die Besteuerung sehr großer Vermögen.

„Einkommensschwache und arme Menschen spielen für die grün-rote Landesregierung offensichtlich keine Rolle, sonst hätte sie schon längst ein landesweites Sozialticket für Bus und Bahn eingeführt. Mobilität muss für alle Bürger möglich sein, also auch für geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger. Ein Sozialticket entlastet Menschen mit niedrigem Einkommen, es schafft Chancen für Ausbildung und Jobsuche. Ein Sozialticket macht das Umland der Städte attraktiver, es kann den Wohnungsmarkt entspannen. Die Schere zwischen Arm und Reich kann so in Baden-Würt-

temberg verkleinert werden.“

DIE LINKE fordert neben dem landesweiten Sozialticket, dass sich die Landesregierung im Bund dafür einsetzt, Reiche und Superreiche höher zu besteuern.

Bernd Riexinger kündigte an: „Wenn DIE LINKE in den Landtag kommt, werden wir ein Sofortprogramm einbringen, um Armut, vor allem Kinderarmut zu bekämpfen. Dazu gehört natürlich ein landesweites Sozialticket, das in vielen Kommunen schon durch linke Gemeinderäte initiiert wurde. Dazu gehört auch die bundesweite stärkere Besteuerung großer Vermögen. Eine Millionärssteuer ab der zweiten Million würde übrigens jährlich sieben Milliarden Euro in die baden-württembergischen Landeskasse spülen. Mit diesem Geld kann dann die Landesregierung ein großes Programm gegen Armut finanzieren. Spätestens nach der Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts hätte die Landesregierung handeln müssen, doch Ministerpräsident Kretschmann denkt lieber an Digitalisierung als an die Menschen im Land. Wir müssen doch Politik für alle Menschen machen und dürfen die Schwachen in der Gesellschaft nicht einfach vergessen!“

## Hartz IV ist ein Skandal – für sanktionsfreie Mindestsicherung

Die Linke in Kirchheim suchte am 15. Dezember das Gespräch mit den Menschen im Hartz IV-Bezug und verteilte vor dem Jobcenter in der Paradiesstraße ein kleines Weihnachtsgeschenk und Flyer.

Die Einführung von Hartz IV war einer der größten Einschnitte in das deutsche Sozialsystem. Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Die Folgen sind dramatisch: Immer mehr Menschen haben Probleme, vernünfti-

ges Essen, Miete, Heizung und Strom zu bezahlen. Es mangelt aber nicht am Willen zu arbeiten, sondern an guter Arbeit. Die Jobcenter konnten 2014 nur 1,5 Prozent der Hartz-IV-Bezieher in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Es fehlen Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn zum Leben.

Der Hartz IV-Regelsatz (399 Euro im Monat) wird anhand der Konsumausgaben der armen Bevölkerungsgruppen ermittelt. Es werden im Kreis Esslingen durchschnittlich 224 Euro der tatsächlichen Mietkosten pro Jahr nicht übernommen. Die Höhe der Regelsätze wurde mehrfach durch das Bundesverfassungsgericht kritisiert, (2010 und 2014). Darüber hinaus wird dieses Existenzminimum häufig noch durch Sanktionen unterschritten, etwa wenn Termine nicht eingehalten wurden. Wenn die Betroffenen dagegen klagten, wurden 43% der Sanktionen von den Gerichten als ungerechtfertigt eingestuft.

Im Deutschen Bundestag hat die Links-

fraktion Anfang Oktober in einem Antrag gefordert, die Sanktionspraxis abzuschaffen und den Regelsatz auf 500 Euro zu erhöhen. Leider wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Grünen und SPD abgelehnt. Die Linke fordert einen sozialpolitischen Kurswechsel mit einer konsequenten Armutsbekämpfung, so Heinrich Brinker, Landtagskandidat der Linken im Wahlkreis Kirchheim.

## Heilbronn: LINKE bei der Diakonie

**Der Neujahrsempfang der Diakonie Heilbronn fand in diesem Jahr am 25. Januar im Komödienhaus statt. Die beiden Landtagskandidaten Ayse Boran (Wahlkreis Heilbronn) und Johannes Müllerschön (Wahlkreis Neckarsulm) der LINKEN haben die Einladung gerne angenommen, sind doch viele diakonische Aufgabengebiete auch Themen der LINKEN.**

Altenpflege, Jugend-, Flüchtlings- oder Wohnungslosenhilfe sind gesellschaftlich wichtige Felder, die von den Wohlfahrtsverbänden bearbeitet werden.

In den Redebeiträgen der Diakonievertreter wurde auf die aktuelle Flüchtlingssituation eingegangen, bei der Barmherzigkeit als christliche Eigenschaft nicht aufgegeben werden dürfe.

Einig mit den Gästen der LINKEN sind sich die Verantwortlichen der Diakonie, dass sozial Schwache nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die bereits vorhandene soziale Spaltung in unserer Gesellschaft darf durch die Flüchtlingsproblematik nicht verschärft, sondern muss dringend überwunden werden.

## „Da hat die Wirtschaftslobby ganze Arbeit geleistet“

Die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz kam zu einer Veranstaltung der LINKEN nach Karlsruhe und zog eine bildungspolitische Bilanz der grün-roten Landesregierung. Sie bewertete vor allem die Einführung der Gemeinschaftsschulen positiv. An die Adresse der CDU gewandt, sagte sie: „Ein bildungspolitisches Zurück darf es nicht geben. Wer die Gemeinschaftsschulen noch mitten in der Aufbauphase für gescheitert erklärt, der hat nicht nur jeden Blick für die Realität verloren – er verhöhnt auch das Engagement und die Arbeit, die hunderte von Kolleg/innen seit ihrer Einführung geleistet haben.“

Sie erinnerte auch daran, dass Grün-Rot Wahlversprechen nicht eingehalten hat. Der Ethikunterricht wurde trotz klarer Ankündigung im Koalitionsvertrag nicht eingeführt.

Die Regierungsparteien hielten ihre Versprechen, den Kooperationsvertrag zwischen Kultusministerium und Bun-





Foto v.r.n.l.: Sabine Skubsch (Landtagskandidatin Karlsruhe), Doro Moritz (GEW-Landesvorsitzende), Wolfgang Weber (Vorsitzender DGB-Region Nordbaden)

deswehr zu kündigen, nicht. Hart kritisierte Doro Moritz die Einführung des Fachs Wirtschaft: „Da hat die Wirtschaftslobby ganze Arbeit geleistet.“

Die Karlsruher Landtagskandidatin Sabine Skubsch forderte: „Mit derselben Entschlossenheit, mit der in der Finanzkrise binnen weniger Tage Banken mit Steuergeld in Milliardenhöhe gerettet wurden, muss jetzt richtig in Bildung und Soziales investiert werden. Dafür brauchen wir Millionärssteuer.“

## Schülerfahrpreise senken

### Linke unterstützt Forderung des Landeselternbeirats

Regionalverkehr im Land finanzieren, statt Gelder für Stuttgart 21 verschwenden, das fordert DIE LINKE von Verkehrsminister Hermann! Der Landesgeschäftsführer und Tübinger Landtagskandidat der Partei DIE LINKE, Bernhard Strasdeit, übt scharfe Kritik an der angekündigten Preiserhöhung im Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo):

„Die Menschen in den Landkreisen Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalbkreis leiden unter der verfehlten Verkehrspolitik der grün-roten Landesregierung. Die erneute Preiserhöhung im Verkehrsverbund Naldo weit über der Inflationsrate ist der wiederholte Beweis, dass Verkehrsminister Winfried Hermann die Landkreise und Kommunen nicht mit ausreichend Finanzen für preisgünstigen Nahverkehr ausstattet. Stattdessen sieht der Minister tatenlos zu, wie sämtliche Regionalisierungsmittel in das unsinnige Tunnelprojekt Stuttgart 21 fließen.“

DIE LINKE fordert Verkehrsminister Hermann auf, die Landkreise mit Finanzmitteln so auszustatten, dass sie preiswerten, regelmäßigen und zuverlässigen Nahverkehr gewährleisten können. Für einkommensschwache und kinder-

reiche Familien benötigen wir dringend ein Sozialticket im Naldo statt erneuter Fahrpreiserhöhungen für Schüler! Außerdem müssen die überhöhten Fahrpreise für Schülerfahrkarten gesenkt werden. Daher unterstützt DIE LINKE die Forderung aus dem Landeselternbeirat, dass Schüler bis zum zehnten Schuljahr kostenlos zur Schule fahren können.“

## Grün-rote Wählertäuschung

### Gebrochene Wahlversprechen von 2011 erneut versprochen

„Offensichtlich wollen Kretschmann und Schmid ihre Wähler für dumm verkaufen, wenn sie ihnen alle fünf Jahre die gleichen Wahlversprechen auf-tischen, diese Versprechen dann aber brechen und nichts davon umsetzen“, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der LINKEN bei der Landtagswahl. „Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist das beste Beispiel dafür: Baden-Württemberg ist bundesweit auf dem vorletzten Platz beim Wohnungsbau und bei den Sozialwohnungen. Dazu hat Grün-Rot erheblich beigetragen, weil sie in den vergangenen viereinhalb Jahren viel zu wenig in den Wohnungsbau investiert haben. Nicht umsonst ist der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg so angespannt. Die jetzt erneuerten Wahlversprechen sind reine Floskeln, Nils Schmid vernachlässigt seit 2011 den Wohnungsbau sträflich!“

Gökay Akbulut, Spitzenkandidatin der LINKEN bei der Landtagswahl und Mannheimer Stadträtin: „Das gebührenfreie Kita-Jahr stand im Landtagswahlkampf 2011 sogar auf SPD-Wahlplakaten. Doch die SPD hat dieses Wahlversprechen bis heute nicht umgesetzt. Da ist es doch wirklich lächerlich, jetzt das gleiche Versprechen zu erneuern, obwohl die Landesregierung auch jetzt

noch, bis zur Landtagswahl 2016, dieses Versprechen umsetzen könnte. Das Sprichwort ‚Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen‘ trifft hier voll und ganz zu.“

Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer DIE LINKE und Kreisrat in Tübingen: „Die Direktwahl der Landräte, mit der die Grünen sich am Wochenende gebrüstet haben, stand schon auf Seite 60 des aktuellen Koalitionsvertrags. Die Landesregierung hätte dies seit 2011 umsetzen können, dazu wird nur eine Regierungsmehrheit benötigt. Doch Kretschmann persönlich hat bei der Umsetzung dieses Wahlversprechens von 2011 interveniert und die Direktwahl der Landräte verhindert, wie wir aus internen Quellen wissen. Wenn die Grünen jetzt dieses gebrochene Wahlversprechen wieder versprechen, dann ist das Wähler-Irreführung.“

## Kreisverband Zollernalb unterstützt LEA-Appell

Meßstetten, 17. Januar. DIE LINKE Zollernalb unterstützt Ministerpräsident Kretschmann in seinem Appell an die Stadt Meßstetten und an den Zollernalbkreis, sich bei Bedarf einer Weiterführung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) nicht zu verschließen. Bei seinem Besuch am vergangenen Freitag hatte er zwar die Einhaltung der Verträge zugesichert, aber auch zum Nachdenken angeregt, ob wir ein Ende der LEA überhaupt „wollen sollen“.

Der Bedarf zur Unterbringung ist da, die LEA ist ein gut funktionierendes Leuchtturmprojekt mit zahlreichen Arbeitsplätzen und sie spült einen Millionenbetrag in die Stadtkasse. Darüber hinaus profitiert der Landkreis samt den Kommunen vom bisher geltenden LEA-Privileg, weil sie von der Pflicht zur weiteren Unterbringung ausgenommen bleiben. Die LEA nimmt also auch Druck vom ohnehin angespannten Wohnungsmarkt.

Andreas Hauser, Kreisrat und Landtagskandidat für DIE LINKE fasst zusammen: „Humane, finanzielle und praktische Gründe sprechen für eine Weiterführung der LEA. Die Stimmung in der Meßstettener Bevölkerung nehme ich mehrheitlich nach wie vor als überwiegend aufgeschlossen und positiv wahr. Wir sollten die LEA wollen.“

Eine Schließung der LEA zum Jahresende macht nur dann Sinn, wenn eine alternative Nutzungsmöglichkeit für das Kasernengelände gegeben ist. Da dies nicht der Fall ist, gibt es kaum ein Argument gegen die Weiterführung. Die Willkommenskultur der LEA und das großartige ehrenamtliche Engagement hat Meßstetten bundesweit Aufmerksamkeit und Anerkennung beschert. Daran sollte angeknüpft werden.



**DIE LINKE Baden-Württemberg beteiligte sich an der Kundgebung: „Halt zusammen – Baden-Württemberg gegen Rassismus und Gewalt“ am 16. Januar in Stuttgart. Die von einem breiten Bündnis aus 69 Organisationen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Parteien, Religionsgemeinschaften und Verbänden organisierte Kundgebung hat ein Zeichen gesetzt gegen die zunehmende rassistische Gewalt gegen Geflüchtete.**

## LINKE: Handgranaten-Anschlag in Villingen-Schwenningen sofort aufklären!

**Landesregierung muss Flüchtlingsunterkünfte endlich wirksam vor rechter Gewalt schützen.**

*Stuttgart, den 29. Januar 2016:* Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN und Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, zum Anschlagversuch mit einer Handgranate auf ein Flüchtlingsheim: „Wir sind schockiert über den Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Villingen-Schwenningen, wir verurteilen jede Form von Gewalt. Die Behörden müssen unverzüglich aufklären, wer hinter dem Anschlag steckt. Die Landesregierung muss erklären, wie es mitten in Baden-Württemberg möglich ist, Handgranaten zu besitzen und ungehindert zum Einsatz zu bringen. Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Reinhold Gall müssen ein Konzept vorlegen, wie Flüchtlingsheime endlich besser vor rechter Gewalt geschützt werden können.“

**Dokumentiert: Resolution des Landesparteitages am 21. November 2015**

## Refugees welcome!

## Kein Platz für Rassisten – weder auf der Straße, noch im Landtag.

Etwa 60 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, Vergewaltigung, Hunger und Elend. Menschen fliehen vor Kriegen, an denen sich auch Deutschland beteiligt. Sie fliehen vor dem Tod, der von deutschen Waffen – insbesondere von Heckler & Koch aus Baden-Württemberg – ausgeht. Und sie fliehen vor dem Terror, der in den Straßen von Damaskus und Aleppo, Beirut und Kabul, in den Dörfern und Städten Syriens, Iraks und Afghanistans Alltag ist.

Diese Menschen fliehen vor eben jenem Terror, der mit den Anschlägen von Paris mitten nach Europa kam. Wir trauern um die Toten von Paris. Jetzt steht es in unserer Verantwortung, Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive in Deutschland zu geben. Die Antwort auf den Terror des IS und auf die Hetze der Nazis, Pegidas und der AfD ist immer dieselbe: Herkunft und Religion trennen uns nicht, uns verbindet die Menschlichkeit, Refugees are welcome!

Flüchtlinge brauchen eine Perspektive für ihre Zukunftsgestaltung und nicht für ihre Abschiebung. Deshalb fordern wir von der Landesregierung einen Winterabschiebestopp als ersten Schritt gegen die unmenschliche Abschiebepolitik. Es ist ein Skandal, dass die Grünen in dieser Situation bei der Verschärfung des Asylrechts mitma-

chen. DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt jede Beschneidung des Rechts auf Asyls ab.

Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist unsere Pflicht. Es ist ermutigend, wie viele Menschen im ganzen Land eine spontane Solidaritätsbewegung zur Unterstützung von Flüchtlingen mit Kleidung, Nahrung, Wohnungen und einem herzlichen Willkommen bilden. Diese Bewegungen verdienen Unterstützung und Förderung durch das Land. Weder die Helferinnen und Helfer noch die Kommunen dürfen alleingelassen werden.

Allerdings erleben wir nicht nur Beispiele an Solidarität, sondern auch eine beängstigende Welle an rassistischer Hetze und rechter Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte in Baden-Württemberg. Mit der AfD droht nun der Einzug einer neoliberalen und offen rassistischen Partei in den Landtag. Das wollen wir verhindern. Rassisten haben keinen Platz auf der Straße und ebenso wenig im Landtag.

Doch wenn Kretschmann die Ausweisung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten ermöglicht und damit die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma in diesen Ländern verkennt, dann trägt die Landesregierung den Forderungen von Pegida, AfD & Co. Rechnung. Wenn Boris Palmer die

Flüchtlingszahlen begrenzen oder gar die Grenzen militärisch sichern will, dann ist das Unsinn und ebenfalls Wasser auf die Mühlen rechter Propaganda.

Nicht die Flüchtlinge sind die Krise, sondern eine Politik, die es seit Jahren versäumt hat, z.B. bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb brauchen wir ein Sofortprogramm für bezahlbaren Wohnraum über 250 Millionen Euro und mindestens 50 000 neuen Wohnungen sowie die Nutzung von leerstehenden Wohnungen und Liegenschaften. Mit dem Maßnahmenkatalog der LINKEN entgegnen wir Boris Palmer: „So schaffen wir das in Baden-Württemberg!“

Es ist erschreckend, dass Flüchtlinge missbraucht werden, um Einschnitte in den Sozialstaat und Ausnahmen für den Mindestlohn zu rechtfertigen. Stattdessen müssen Konzerne, Millionäre und Spitzenverdiener endlich angemessen besteuert werden. Deutschland ist ein reiches Land und Baden-Württemberg ein reiches Bundesland. Geld ist genug da.

Wir brauchen endlich eine gerechte Politik, die Krieg und Elend in der Welt nicht weiter befördert. Deutschland muss weltweit als Friedensstifter auftreten. Daher fordern wir einen Stopp von Waffenexporten und ein sofortiges Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

## Beschluss der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 12. Januar 2016

1. Die Bundestagsfraktion der LINKE ist die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die alle Asylrechtsverschärfungen konsequent abgelehnt hat und weiterhin ablehnt.
2. Für DIE LINKE ist das Prinzip des Rechtsstaats unverhandelbar. Straftaten müssen für alle Menschen den gleichen Rechtsfolgen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Äußerem oder Herkunft – haben.
3. Wir brauchen keine weiteren Strafrechtsverschärfungen.
4. Die Bundestagsfraktion der LINKE ist solidarisch mit Geflüchteten und versteht sich als parlamentarischer Arm von den hunderttausenden von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer/innen in diesem Land.
5. Die Bundestagsfraktion der LINKE unterstützt alle Aktionen und Demonstrationen, die sich gleichermaßen gegen Rassismus und sexualisierte Gewalt wenden. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern von gewalttätigen Übergriffen, die in den letzten Monaten massiv in diesem Land zugenommen haben.
6. Die Bundestagsfraktion der LINKE lehnt Debatten über Obergrenzen ab. Grundrechte kennen keine Obergrenze.
7. Die Bundestagsfraktion der LINKE streitet konsequent für die Beseitigung von Fluchtursachen, besonders gegen Krieg und Waffenexporte.
8. Wir setzen uns gegen rassistische Stigmatisierung im Nachgang der Kölner Ereignisse ein.

## Positionierung zu Obergrenzen und Kontingenten in der Asylpolitik Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Dezember 2015

Asyl ist ein Grundrecht und darf weder durch Obergrenzen noch durch Kontingente eingeschränkt werden. Diese Forderung, die von Rechts gestellt wurde und inzwischen von CSU/CDU und leider auch von der SPD übernommen wurde, lehnt DIE LINKE entschieden ab! Die Linke will die Freizügigkeit von Menschen garantieren. Gerechtigkeit lässt sich nicht durch Kontingente sondern durch eine faire Verteilung von Kosten in der EU erzielen, die die Zahl der aufgenommen Flüchtlinge sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Statt die Schwächsten gegeneinander auszuspielen wollen wir Reichtum in Deutschland und Europa besteuern und die Steuerflucht der Reichen unterbinden.

## Gall muss Verfassungsschutzpräsidentin Bube entlassen!

Nach der geplanten Verlängerung des NSU-Untersuchungsausschusses im Landtag von Baden-Württemberg fordert DIE LINKE die Entlassung der Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz, Beate Bube. Der Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) hatte angekündigt, dass nach der Landtagswahl der NSU-Untersuchungsausschuss fortgesetzt werden solle.

Bernd Riexinger, Spitzenkandidat bei der Landtagswahl: „Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Untersuchungsausschuss bei seiner Arbeit erheblich ausgebremst, indem wichtige Akten zurückgehalten wurden. Der Ausschuss konnte nicht ordentlich arbeiten und muss nun in die Verlängerung. So etwas hat es noch nie gegeben und dafür trägt die Verfassungsschutzpräsidentin eine gehörige Mitschuld. Innenminister Gall muss die Konsequenz aus den Vorkommnissen der letzten Monate ziehen und Frau Bube entlassen. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss muss nach der Landtagswahl unbelastet starten können. Alle Akten müssen auf den Tisch!“

Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte nach Berichten der Stuttgarter Nachrichten vom 19.10.2015 mindestens sieben Akten zum ausländerfeindlich geprägten Ku-Klux-Klan dem NSU-Untersuchungsausschuss gegenüber vorenthalten, nachdem die Verfassungsschützer selbstherrlich entschieden hatten, es gäbe keine Verbindung zum NSU-Untersuchungsauftrag.

## Der AfD entgegentreten Kommentar der Landtagskandidaten Simon Pschorr (Konstanz) und Jürgen Geiger (Singen)

Die LINKE begrüßt die Stellungnahmen von Peter Friedrich (SPD) und Nese Erikli (Bündnis 90/Die Grünen) zu gemeinsamen Podiumsdiskussionen mit der AfD. Bereits vor einem Monat haben wir in einer E-Mail ein entsprechendes Vorgehen angeregt – woraufhin leider keine Rückmeldung erfolgte. Umso erfreuter können wir nun zur Kenntnis nehmen, dass auch die SPD und Die Grünen rechtsradikale Parteien nicht tolerieren. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Wankelmütigkeit des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel in Fragen des Asyl- und Ausländerrechts begrüßen wir, dass Peter Friedrich Position bezieht. Allerdings wird sich das Problem AfD nicht selbst lösen, wenn es nur ausreichend ignoriert wird.

Die AfD ist zunehmend ein Sammelbecken für verschiedene fremdenfeindliche Gruppierungen, die ihre Wurzeln noch auf den deutschen Nationalsozialismus zurückführen können und von Anbeginn der Bundesrepublik an menschenverachtendes Gedankengut propagierten. Im Gewand einer sogenannten bürgerlich-konservativen Partei lebt die AfD von der Differenzierung nach Herkunft, Religion und Hautfarbe. Das politische Programm dieser Gruppierung steht außerhalb der Grenzen, die grundlegende humanitäre und demokratische Werte ziehen. Wer Menschen in wertig und unwertig unterteilt, der macht eine demokratische Diskussion unmöglich. Für die Zurschaustellung rassistischer Propaganda ist DIE LINKE nicht zu haben.

Die AfD nutzt die real existierenden sozialen Nöte, Abstiegsängste und Bedürfnisse der BürgerInnen, um ihr rechtsradikales Gedankengut zu verbreiten. Diese Befürchtungen, verschuldet von den Regierungsparteien, müssen und werden wir adressieren. Den Boden, auf dem der dumpfe Rassismus in den vergangenen Monaten in erschreckender Weise ins Kraut schießen konnte, hat eine Politik der sozialen Kälte bereitet. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der Abbau von Sozialleistungen, fehlende Sozialwohnungen, die schäbige Behandlung von Erwerbslosen – all das ist Nährboden für rassistische Hetze. Leider hat daran auch die grün-rote Landesregierung mit ihrer Politik, in der die soziale Frage kaum eine Rolle gespielt hat, ihren Anteil. Zu lange hat die politische Landschaft zugeschaut, wie das Krebsgeschwür gewachsen ist – diese Zeit ist vorbei.

Für uns gilt ohne Wenn und Aber: Den Rassisten der AfD entgegentreten!

**Flucht-  
ursachen  
bekämpfen.  
Waffenexporte  
stoppen!**

**DIE LINKE.**  
BADEN - WÜRTTEMBERG

## GroKo spielt mit populistischem Aktionismus der AfD in die Hände

Katja Kipping und Bernd Riexinger am 26. Januar

Der Schlagabtausch der Regierungsparteien wird von Tag zu Tag armseliger, erklärt der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger. Durch populistischen Aktionismus spielen SPD und Union der rechtspopulistischen AfD in die Hände.

Es ist ignorant, nicht wahrhaben zu wollen, dass die Flüchtlinge uns eine Botschaft bringen: Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Eine Welt, in der 62 Menschen so viel besitzen wie die Hälfte der Menschheit, hat keine Zukunft. Die Vorstellung, ein kleiner Teil der Welt könne auf Dauer in Frieden und Wohlstand leben, während der Großteil in Kriegen und Armut versinkt, ist egoistisch und naiv.

Es gibt in Deutschland keine Flüchtlingskrise, sondern eine völlig verzerrte Wahrnehmung auf die realen Verhältnisse: während eine kleine Elite – nämlich nur 10 Prozent aller Haushalte – über die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzt, verarmen jedes Jahr mehr Rentnerinnen und Rentner, haben immer weniger Menschen sichere Jobs, von denen sie gut leben können, verschulden sich Haushalte, um die steigenden Kosten für Miete und Strom zu bezahlen.

Die reichsten zehn Prozent verschonen und die Mehrheit belasten – das sind die untauglichen Rezepte, mit denen in Deutschland seit Jahrzehnten Politik gemacht wird.

So lange SPD und die Union nichts dafür tun, diese klaffende Gerechtigkeitslücke zu schließen, versündigen sie sich am Gemeinwesen und gefährden unsere offene Gesellschaft.

DIE LINKE schlägt eine Vermögensabgabe in Höhe von 5% ab der zweiten Million vor. Dadurch hätte der Staat jährlich 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen – genug, um endlich bezahlbare Wohnungen für alle bereitzustellen und Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen, das Personalchaos in Behörden und Polizei zu beenden und mehr Personal für die Versorgung von Kindern und Alten, Kranken und Hilfsbedürftigen einzustellen.

## Das Problem heißt Sexismus

Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Januar 2016

Es ist niemals hinzunehmen, wenn Frauen – wie in der Silvesternacht in Köln offenbar geschehen – von Männergruppen attackiert und sexuell belästigt werden. Sexualisierte Gewalt als offensichtlichster Ausbruch des gesellschaft-

## Flüchtlinge willkommen – keine Stimme den Rassisten von AfD, Pegida & Co!

Beleidigungen, Hass und Morddrohungen – das gesellschaftliche Klima wird durch die wieder zunehmenden Pegida-Aufmärsche und durch die AfD immer weiter vergiftet. AfD-Politiker fordern den Schießbefehl gegen Flüchtlinge an die Grenzen und Abschiebungen statt offenen Grenzen. Doch Menschen fliehen vor Kriegen in Syrien, Afghanistan und anderen Ländern, am dem auch Deutschland beteiligt ist. Viele Flüchtlinge sterben auf dem gefährlichen Weg nach Europa. Nicht die Flüchtlinge sind das Problem, sondern Krieg und Armut. Deshalb lehnt DIE LINKE als einzige Partei im Bundestag Kriegseinsätze und Waffenexporte konsequent ab.

Pegida behauptet, Deutschland würde von Muslimen überschwemmt. Die Fakten strafen die angebliche Islamisierung Lügen: ca. 6% der Menschen in Deutschland sind Muslime, ca. die Hälfte von ihnen besitzt einen deutschen Pass. Bundesweit gibt es etwa 2400 Moscheen aber mehr als 45.000 Kirchen. Die Geburtenrate hat nichts mit der Religion zu tun, sondern mit der gesellschaftlichen Schicht.

Pegida und AfD geben vor, sich gegen die Herrschenden und Mächtigen im Land zu wenden. Das Gegenteil ist richtig. Die Schwächsten sind Ziel des Hasses von Pegida. Flüchtlinge sollen gegen Arbeitslose, Rentner und andere schwache Gruppen ausgespielt werden. Nicht die Frage nach der gerechten Verteilung des vorhandenen Reichtums in diesem Land wird von Pegida und AfD gestellt, sondern in rassistischer Art und Weise werden die Flüchtlinge für real vorhandene Probleme verantwortlich gemacht.

Die Südwest-Presse schrieb über die AfD: „Als seriöse Wirtschaftspartei wollte sie sich präsentieren. Als Sammelbecken für Ausländer- und Islamfeinde hat sie sich enttarnt“. Sie wirkt damit als Scharnier zwischen bürgerlichem und offen faschistischem Spektrum.

### Deshalb sagen wir:

- Schluss mit der Hetze gegen Flüchtlinge und Muslime
- keine Stimme für AfD und andere Rassisten und Nationalisten

Ja, es gibt Probleme mit bezahlbarem Wohnraum, mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, mit Altersarmut, mit unseren Schulen und vielem mehr. Aber alle diese Probleme gab es auch ohne die Flüchtlinge und haben ihre Ursache in der verfehlten und unsozialen Politik der Landes- und Bundesregierung. Daran will die AfD nichts ändern. Statt dessen meinen AfD-Politiker, daß man Erwerblosen das Wahlrecht entziehen solle.

DIE LINKE wird niemals zulassen, dass die Schwachen gegen die Allerschwächsten ausgespielt werden. Wir fordern hingegen eine viel höhere Besteuerung der Superreichen und bezahlbare Wohnungen und Mieten für alle Menschen, die hier leben. Mit einer Umverteilung von Reichtum sind die Probleme lösbar. Rassismus und Nationalismus sind keine Lösung.

### DIE LINKE fordert:

- die Reichen müssen endlich zahlen: her mit der Vermögenssteuer
- die Unterbringung von Flüchtlingen muss vom Bund bezahlt werden, nicht von den Kommunen
- 50.000 neue Wohnungen pro Jahr in Baden-Württemberg für alle Menschen, die hier leben

**DIE LINKE.**

Kontakt: DIE LINKE Baden-Württemberg - Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart  
Tel: 0711-241045 - lgs@die-linke-bw.de www.die-linke-bw.de - www.facebook.de/dielinkebw  
VISdP: Bernhard Strasdeit

lichen Sexismus ist kein Kavaliersdelikt. Es ist auch kein Problem unterschiedlicher Kulturen, wie die öffentliche Debatte in Teilen suggeriert. Sexualisierte Gewalt und Sexismus sind auch in der deutschen Gesellschaft allgegenwärtig. Frauen bekommen in viel zu vielen Fällen keine Unterstützung, sowohl bei den zuständigen Behörden, als auch in der Gesellschaft.

Rechte und Konservative versuchen nun die Debatte zu nutzen, um die Belange von Frauen für rassistische Hetze zu instrumentalisieren, um so zu tun, als sei Sexismus das Problem „anderer“ und nicht unserer Kultur, und um menschenrechtlich problematische Gesetzesvorhaben wie eine weitere Asylrechtsverschärfung zu legitimieren. Die Vorschläge nach Ausweisung von AsylbewerberInnen sind keine Antwort. Wir erteilen Sexismus und Rassismus gleichsam eine Absage! Auch sexuelle Gewalt gegen Schwule, Lesben und Transmenschen lehnen wir ab.

Anstatt die Schuld auf Migranten zu

schieben und erleichterte Abschiebungen zu fordern sagen wir: Das Problem heißt Sexismus! Wir sollten die Geschehnisse in Köln als nicht mehr zu überhörenden Weckruf verstehen. Ein Weckruf, das Problem Sexismus und sexualisierten Gewalt immer und überall entschlossen anzugehen. Wir unterstützen die Forderungen des Aufrufs #ausnahmslos! Sexismus hat vielfältige Erscheinungsformen und praktische Folgen. Wir wenden uns gegen den strukturellen Sexismus in allen Bereichen der Gesellschaft. Denn er kann den Nährboden für Gewalt an Frauen bilden. Wir sind der Überzeugung, dass jetzt der Blick auf die betroffenen Frauen und ihre Bedürfnisse gelenkt werden muss. Das wird bisher leider vernachlässigt. Noch immer schrecken viele Frauen vor einer Anzeige von sexualisierter Gewalt zurück, da sie davon ausgehen müssen, dass ihnen im nahen Umfeld oder den Ermittlungsbehörden nicht geglaubt wird oder das bestehende Sexualstrafrecht die Taten nicht vollständig erfasst. Nur fünf

Prozent der von sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen erstattet überhaupt Anzeige. Ein Großteil von sexualisierter Gewalt findet nicht im öffentlichen, sondern im privaten häuslichen Bereich statt. Die Dunkelziffer bei Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen ist enorm. Und nur bei einer von zwölf angezeigten Vergewaltigungen wird am Ende ein Täter verurteilt.

Von dieser Perspektive ausgehend, geht es in erster Linie nicht darum, was die Frauen tun können, um nicht vergewaltigt zu werden, sondern darum, dass solche Taten nicht mehr geschehen dürfen und die gesellschaftlichen Bedingungen dafür zu schaffen. Es geht um Sensibilisierung und gesellschaftliche Ächtung von Gewalt und sexualisierter Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Es geht darum, von sexualisierter Gewalt und Belästigung betroffene Frauen und Männer zu unterstützen und rechtlich besser zu schützen. Und es geht darum, sexualisierte Gewalt besser zu ahnden. Gerichte dürfen nicht länger nur den Widerstand der Betroffenen oder die Beurteilung von Notsituationen als Grundlage ihrer Urteile nehmen. Der Grundsatz „Nein heißt Nein!“ muss im Sexualstrafrecht verankert werden. Darüber hinaus wollen wir natürlich Frauenschutzhäuser, Beratungsangebote für betroffene Frauen und Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungsangebote stärken.

### Forderungen

Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes „Nein heißt Nein!“ und die Aufnahme von weiteren Straftatbeständen in das Sexualstrafrecht sowie einen bundesweiten Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Sexismus in all seinen Erscheinungsformen, der mindestens folgende Punkte beinhaltet:

- Fortbildung der Polizei, inklusive Sensibilisierung für sexualisierte Gewalt. Das beinhaltet einen respektvollen Umgang mit potentiell Betroffenen, die Möglichkeit bei Bedarf bei Ermittlungsbehörden von weiblichem Personal betreut zu werden, engagierte und konsequente Verfolgung unter Ausschöpfung der rechtlichen Mittel.
- Schulische Weiterbildung zum Thema Sexismus und Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, sowie für Schülerinnen und Schüler.
- Bedarfsgerechte, einzelfallunabhängige und langfristige Finanzierung von Frauenschutzhäusern und Beratungsangeboten; ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes und kostenloses Angebot an psychologischer Betreuung Betroffener sowie an Kursen zur Selbstbehauptung und Selbstver-

teidigung für Frauen und Mädchen.

- Bedarfsgerechte, einzelfallunabhängige und langfristige Finanzierung des gesamten Hilfe- und Schutzsystems bei Gewalt gegen Frauen.
- Finanzielle Absicherung von Projekten der gendersensiblen Jugendhilfe, um Rollenbilder frühzeitig aufzubrechen.
- Programme für „Zivilcourage gegen Sexismus“.
- Und nicht zuletzt muss Integration als Bildungsleistung anerkannt und behandelt werden.

## Keine Alternative für Deutschland

**Was die AfD verspricht, wie sie hetzt, und warum sie keine Partei der Kleinen Leute ist.**

Wie bei jeder rechtspopulistischen Partei ist das gedruckte Wort das Eine, kalkulierte Provokationen und Tabubrüche in Talkshows und Interviews zusammen mit grausigen Aufmärschen das andere. Und die Positionen der AfD sind überall so klar wie in der Flüchtlingspolitik: Einerseits ruft sie allerorten den Notstand aus und sieht Deutschland untergehen, andererseits hält Alexander Gauland die Flüchtlingskrise für ein Geschenk für die AfD, das ihre Wahlergebnisse steigern wird. Politik nicht für, sondern auf Kosten der Leute ist ihr Programm, Politik von ganz rechts.

### Familie

Die Familie hält die AfD ganz hoch, sie tut zumindest so. In der Tat kämpft sie für die Vorherrschaft der Männer in der Familie. Und nicht etwa dafür, dass Frauen den gleichen Lohn erhalten, dass die ihnen bislang vorenthaltene Gleichstellung umgesetzt wird, oder dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Im Wahlprogramm der Parteivorsitzenden Frauke Petry heißt es deutlich: „die wertestiftenden Funktionen der Familie stärken und die Geburtenrate erhöhen“. Björn Höcke, früherer Lehrer in Hessen und jetzt Parteichef in Thüringen, sieht geradezu einen Krieg des „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyps“ gegen den „selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp“ – Rassismus pur.

### Bildung

Die AfD orientiert sich wie in der Familien- so in der Bildungspolitik am 19. Jahrhundert. Mit diesem Maßstab behauptet sie dreist, dass Jungen schon seit vielen Jahren die großen Verlierer unserer Gesellschaft seien. Sie sollen also wieder gefördert werden, genauso wie die AfD eine Gleichstellungspolitik ablehnt, die die tradierte Benachteiligung der Frauen bei der Entscheidung des Berufsweges und bei Führungspositionen ausgleicht. Die AfD beklagt die „Erosion des Leistungsprinzips“, als ob es in der Bildung

nicht um viel mehr ginge und als ob Bildung nicht ein Grundrecht ist. Und sie sieht die Rettung in mehr Disziplin und einer stärkeren Disziplinarmacht der Lehrer und Schulbehörden.

### Flucht & Asyl

Die humanitäre Krise im Nahen Osten und in Südeuropa ist für die AfD eine Flüchtlingskrise, bei der die leidtragenden Flüchtlinge zu Sündenböcken erklärt werden. Das ist bei der jungen Partei schon traurige Tradition: Vor zwei Jahren noch machte sie die angeblich faulen Griechen, Spanier oder Portugiesen und ihr falsches Verhalten für die Eurokrise verantwortlich.

Jetzt legt sie noch einen drauf und erklärt gleich eine ganze Hand voll Länder zu Sündenbockkoasen. Das Asylrecht versteht sie als ein System, das erst die Flüchtlinge herlockt. Wenn Menschen Asyl suchen oder vor Krieg flüchten, sind sie für die AfD lediglich Ausdruck einer „Völkerwanderung“. Kein Flüchtling soll mehr in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen dürfen, fordert die AfD. Als ob über 50 Millionen Flüchtlinge in aller Welt ihre Heimat, Freunde und Verwandte auf einer tödlich gefährlichen Flucht über das Mittelmeer oder auf dem Landweg durch Bürgerkriegsgebiet auf sich nehmen würden, um hier ALG II zu bekommen.

AFD und Pegida geben vor, sich gegen die Herrschenden und Mächtigen im Land zu wenden. Das Gegenteil ist richtig. Die Schwächsten sind Ziel des Hasses von Pegida.

*(AG Parteivorstand gekürzt)*

## Für Freiheit und Frieden in Kurdistan!

Unter dem Motto, „Freiheit für Öcalan“ hatte die kurdische Gemeinschaft Heilbronn zu einer Demonstration am 16. Januar 2016 aufgerufen. Annähernd 600 Menschen folgten dem Aufruf.

Begleitet wurde die Demonstration von einem massiven Polizeiaufgebot, inklusive mehrerer berittener PolizistInnen. Auch die Hundestaffel war im Einsatz. Der Demozug wurde mehrfach von der Polizei angehalten. Sie drohte an, die Versammlung aufzulösen. Begründet wurde dies durch den Einsatzleiter damit, dass „verbotene Parolen gerufen würden“.

Das Tragen von Fahnen mit dem Konterfei von Abdullah Öcalan war von der Stadtverwaltung zwar erlaubt worden. Allerdings war es so, dass die gerufene Forderung nach Freiheit für Öcalan nicht in Verbindung mit der aktuellen Lage in Kurdistan stehen durfte!

Nach der Rede des Vorsitzenden der kurdischen Gemeinde sollte auch ein Vertreter der LINKEN sprechen. Dazu kam es aber nicht.

Als in einem Schaufenster Fahnen der PKK hochgehalten wurden, sperrte die Polizei den Eingangsbereich des Geschäftes. Nachdem von Unbekannten zwei Böller gezündet wurden, entschloss sich die Demoleitung die Veranstaltung vorzeitig zu beenden.

Die Polizei nahm anschließend aus der sich langsam auflösenden Menschenmenge heraus 5 Personen fest, die später wieder freigelassen wurden.

## Mehr Geld für Erdogan gleicht Aufforderung zu mehr Staatsterror

25. Januar. „Mit der Erhöhung der Entwicklungshilfe für die Türkei belohnt die Bundesregierung das Erdogan-Regime noch für seine Politik brutaler Unterdrückung der Opposition“, kritisiert Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, die Ankündigung von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU), die Gelder für Ankara von 36 Millionen auf 50 Millionen Euro zu erhöhen. Hänsel weiter:

„Die Bundesregierung finanziert zunehmend eine politische Führung, die Krieg gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung führt und die Rechte von Flüchtenden missachtet. Nach Angaben türkischer Menschenrechtsorganisationen sind in den vergangenen fünf Monaten bei der Militäroffensive im Südosten des Landes 198 Zivilisten getötet worden, darunter auch 39 Kinder. Wer jetzt

Zahlungen an Ankara erhöht, ermuntert die Erdogan-Führung und die Armee diese Politik fortzuführen. Zugleich erreichen uns Berichte über große Flüchtlingsgruppen, die von türkischen Behörden über die Grenze ins Kriegsgebiet abgeschoben werden, während Terroristen des IS die Grenze ohne Probleme in beide Richtungen überqueren können. Der beste Beitrag zu besseren Lebensbedingungen für die Menschen in der Region wäre, endlich Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit die Armee aus den kurdischen Gebieten abgezogen und der Friedensprozess mit der PKK wiederaufgenommen wird. Die Grenzregion für den sogenannten IS muss geschlossen und die Unterstützung für islamistische Gruppen in Syrien endlich gestoppt werden.“

## LINKE: Landesregierung muss Beteiligung in Saudi-Arabien zurückziehen!

### Massenexekution nicht vereinbar mit Wirtschaftsinteressen

„Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg muss ihre Beteiligung am Janadriyah-Festival in Saudi-Arabien, Riad, zurückziehen“, so Heike Hänsel, Tübinger Bundestagsabgeordnete der LINKEN und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion. Im Februar wird in Riad das Janadriyah-Festival stattfinden. Traditionell handelt es sich hierbei um ein Kulturfestival, welches

aber vor allem zur Glorifizierung des Königshauses sowie zum Knüpfen internationaler Wirtschaftsbeziehungen dient. Neben Außenminister Steinmeier, der gemeinsam mit König Salman die Veranstaltung besuchen wird, ist dieses Jahr auch das Bundesland Baden-Württemberg, mitsamt Handwerkskammer und Unternehmen wie Herrenknecht vertreten.

Hänsel weiter: „Angesichts der saudi-arabischen Massenexekution zu Beginn des Jahres, den andauernden Menschenrechtsverbrechen des Landes, der Kriegsbeteiligung und fortwährend betriebenen Unterstützung islamistischer Gruppen und Eskalation der Lage in der Region, halte ich eine deutsche Beteiligung für nicht vertretbar. Für die baden-württembergische Landesregierung sind Wirtschaftsbeziehungen aber scheinbar wichtiger als ein konsequentes Zeichen für Menschenrechte und gegen die Terrorunterstützung. Die Handwerkskammer und das Landesministerium für Wirtschaft und Finanzen bewerben ihre Beteiligung auch weiterhin auf einer nur hierfür geschalteten Website, dort findet sich selbstverständlich kein Wort der Kritik. Demokratie und Menschenrechte dürfen nicht dort enden, wo Wirtschaftsinteressen beginnen, dies gilt im besonderen Maß für Waffenexporte, aber auch darüber hinaus. Deswegen fordere ich Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Wirtschaftsminister Nils Schmid auf, ihre Beteiligung zurückzuziehen.“

## Aufsuchender Wahlkampf an der Haustür

## Stimmen gewinnen über das persönliche Gespräch

### Christina Kaindl, Leiterin des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand DIE LINKE

Um den Sprung in den Landtag zu schaffen, müssen wir viele Menschen zur Wahl mobilisieren, die (uns) letztes Mal nicht gewählt haben.

Haustürbesuche sind aufwändig, aber sehr effektiv. Studien belegen, dass keine andere Methode die Wahlbeteiligung besser, bzw. überhaupt erhöhen kann. Ein großer Teil unserer Wählerinnen und Wähler lebt in prekären Verhältnissen. Miese Jobs, Probleme mit der Miete, keine bezahlbare Kinderbetreuung, Ärger mit dem Amt etc. Je prekärer die soziale Situation der Menschen, umso geringer ihre Wahlbeteiligung. Doch Wahlauswertungen zeigen: Menschen aus sozial benachteiligten Vierteln gehen zwar halb so oft wählen, stimmen aber doppelt so oft für DIE LINKE. Wenn wir in diesen Gebieten die Wahlbeteiligung erhöhen können, gewinnen wir mehr Stimmen als in anderen Vierteln. Und unsere Argumente sind gut: wir sind die einzige Partei, die

sich ihrer Interessen annimmt. Sie stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit und unserer Wahlkampagne.

### Wo und wann?

Für die Planung ist es sinnvoll, Bereiche um Wahllokale mit hohen Prozentsätzen für DIE LINKE, aber geringer Wahlbeteiligung auszusuchen. Dann bringt eine erhöhte Wahlbeteiligung auch mehr. In dicht besiedelte Gebieten lässt es sich leichter von Tür zu Tür gehen. Oder wir suchen Orte, an denen Leute leicht zu erreichen sind (z.B. im Bus zu Stoßzeiten, beim Schichtwechsel etc.). In Stuttgart Ost im Wahlbezirk Nr. 003-19 „Raitelbergsschule“ z.B. lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl bei 41,2%, auf DIE LINKE entfielen 14,6% der Stimmen. Überlegt euch Zeiten, in denen die Leute gut ansprechbar sind. Das ist meist unter der Woche abends, ggf. auch am Wochenende tagsüber. Schlechtes Wetter ist natürlich ein Pluspunkt für uns.

### Warum Gespräche?

Gespräche sind persönlich, wir geben darin unserer Politik und unseren Forderungen ein persönliches Gesicht. Viele

Leute, gerade in prekäre Lebensverhältnissen, fühlen sich „nicht gemeint“ von der Politik. Gespräche können dem entgegenwirken. Wir sind LINKE, die Menschen stehen bei uns im Mittelpunkt. Macht euch keine Sorgen, dass die Menschen nicht angesprochen werden wollen: in allen Versuchen gab es – von den Leuten, die uns potenziell zugetan sind – positive Rückmeldungen. Vielleicht stellt ihr euch einfach vor, ihr sprecht mit euren Nachbarn.

### Wie gelingen die Gespräche?

Es gibt einige wenige Grundsätze, die wichtig sind:

(1) Die Gespräche sind kurz und auf ein einziges Thema oder Anliegen fokussiert. Es geht nicht um einen Vortrag, Predigt und ihr wollt an einem Vormittag an 50 Türen klingeln, nicht mit 2 Personen über die Weltgeschichte diskutieren. Wahlen gewinnt Mensch nur mit vielen Stimmen. Nur zwei oder drei zentrale Botschaften sollen überbracht werden.

(2) Die Gespräche sind klar strukturiert und folgen einem Leitfadens, um bei

der Sache zu bleiben und nur die wichtigsten Punkte anzusprechen.

(3) Die Gespräche sind offen-freundlich und persönlich – sie gehen auf das Gegenüber ein – und keine Belehrung. Ihr solltet nicht mehr als 30% sprechen, 70% Zuhören!

(4) Die Gespräche enden mit einer Verabredung: Jede\_r Gesprächspartner\_in wird eingebunden, mit einem konkreten Angebot zum Mitmachen oder der Einladung. In unserem Fall die Wahl, gegebenenfalls das Angebot, sich nochmal zu melden. Zu anderen Anlässen – oder wenn die interessierte Person nicht wahlberechtigt ist – mit der Einladung zu einem Treffen. Mindestens aber der Einladung, sich z.B. an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen oder uns seine/ihre Kontaktdaten zu hinterlassen. Wir sind an den Menschen nicht nur am Wahltag interessiert, wir wollen sie einladen, mit uns aktiv zu sein!

#### Wie wird's gemacht?

Bereitet euch gut vor. Entwickelt vorher gemeinsam einen Leitfaden (s.u.) und übt die Gespräche in kurzen Rollenspielen (eine halbe Stunde).

Überlegt, welche Materialien ihr mitnehmt, die nach der Vorstellung an der Tür überreicht werden können. Überreicht sie nach der Vorstellung von euch und eurem Anliegen, damit die Tür nicht so leicht wieder zugeht.

Informiert euch über das Gebiet, das ihr aufsuchen wollt und macht euch einen Plan, wie ihr die Türen untereinander aufteilt. Idealerweise gehen immer zwei zusammen, am besten jemand Geübtes an der Seite von einer weniger erfahrenen Person. Gemischtgeschlechtliche Teams bieten sich an.

Wertet euren Einsatz hinterher kurz

gemeinsam aus: Was lief gut, was war schwierig, wie habe ich mich gefühlt, was würde ich nächstes Mal anders machen?

„Wie schaffen wir das auch noch?“ Die Wahlkampfplanung ist meist schon stressig genug. Dennoch lohnt der Einsatz auch für die langfristige Arbeit. Und: es fühlen sich auch nicht alle Mitglieder am Infostand oder beim „Stechen“ wohl. Ruft sie an und fragt, wer sich beteiligen wollen würde.

#### Der Gesprächsfaden

Ein Leitfaden dient euch als Struktur und Hilfestellung: die Vorstellung geht dann flüssig und man kommt nicht so leicht vom Thema ab. Er enthält zentrale Aussagen und Argumente und auch einen Wegweiser, wie ihr die Gespräche zu einem guten Ende führen könnt.

Entwickelt ihn gemeinsam, das hilft enorm und senkt eventuelle Hürden. Das Gespräch folgt diesen „Stationen“:

(1) Vorstellung: Wer sind wir? Warum sind wir gekommen?

(2) Problembezeichnung und Anliegen: das Land sozial machen. 3 Botschaften: Wir wollen Wohnen bezahlbar machen, soziale Berufe besser bezahlen, Leiharbeit/ Befristung einschränken/ abschaffen.

(3) „Check-in“: Feststellen, ob er/sie uns unterstützt („Sie finden wahrscheinlich auch, dass das wichtig ist?“ bzw. „Was finden Sie am wichtigsten?“)

(4) Lösungsvorschlag: So wollen wir das genannte Problem angehen: Wohnungsbauprojekt, Mietpreisbremse, Sanktionen abschaffen, soziale Berufe besser bezahlen, Befristung und Leiharbeit in reguläre Beschäftigung überführen.

(5) Wie aufgeschlossen ist unser Ge-

genüber? Wenn es starke Vorbehalte gibt, dann verabschiedet euch freundlich. Lasst euch nicht in lange Debatten hineinziehen. Es warten noch viele Türen.

(6) Strategie: Warum wir denken, dass die vorgeschlagene Handlung das Problem behebt oder zumindest angemessen ist. DIE LINKE wird im Landtag Druck machen, da können sich die anderen nicht dagegenstellen.

(7) Verabredung (je nach Anlass): Werden Sie am Sonntag wählen gehen? Falls Sie nicht wahlberechtigt sind, würden Sie sich mit uns für/gegen XXX einsetzen? Wir brauchen Sie! Hier können Sie mitmachen. Wir würden Sie gern zum nächsten Treffen einladen. Wie könnten wir Sie erreichen? Fragt nach den Kontaktdaten. Menschen, die sich für unsere Arbeit interessieren, wollen wir sicher wieder einladen. Und bei der nächsten Unterschriftensammlung wisst ihr, dass die Person schon einmal interessiert war.

Nicht alle Gespräche werden erfreulich sein, sonst würden wir nicht um den Einzug in den Landtag kämpfen. Aber Ihr werdet auch viele Leute treffen, die sich für unsere Themen interessieren. Vielleicht wären sie nie auf die LINKE zugegangen oder zur Wahl gegangen, wenn ihr nicht vorbeigekommen wärt.

Praxisworkshop im Raum Stuttgart: wer nicht allein losgehen will, kann am Freitag den 26.2. (und 27.) zu einem Workshop mit anschließender gemeinsamer Tour von Tür zu Tür kommen. Bitte meldet euch bei Interesse bei der Landesgeschäftsstelle oder bei Strategie. [grundsatzfragen@die-linke.de](mailto:grundsatzfragen@die-linke.de). Bei Interesse sind auch kurzfristig Angebote in anderen Regionen möglich.

## Postkartenaktion rund um den Frauentag am 8. März

### Das muss drin sein: Für gute Arbeit und gutes Leben für Alle!

Im Rahmen unseres Landtagswahlkampfes wollen wir auch den internationalen Frauentag in unsere Aktivitäten mit einbeziehen. Dieser Tag bietet sich an, um auf Missstände in der Bezahlung von Männern und Frauen aufmerksam zu machen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch – Einkommensgerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Dieses Jahr gibt es im Rahmen unserer Kampagne „Das muss drin sein!“ eine Postkarte zur Thematisierung von Personalmangel im Krankenhaus. Diese eignet sich auch um sie am 8. März vor dem Krankenhaus zu verteilen. Kombiniert mit dem in vielen Kreisverbänden üblichen Blumen-an-Frauen-Verteilen ist das gerade im Wahlkampf eine gute Aktion im öffentlichen Raum um auf die Arbeitssituation der vornehmlich weiblichen Beschäftigten im Kranken-

haus aufmerksam zu machen. Zu diesem Anlass solltet ihr die Presse einladen und unser Kandidat oder unsere Kandidatin kann eine Presseerklärung abgeben. Das Landeswahlbüro bereitet für euch eine kurze Aktionsbeschreibung und eine Musterpresseerklärung vor, die ihr dann am 8. März verwenden könnt.

Alternativ könnt ihr die Postkarten natürlich auch an anderen Tagen vor Krankenhäusern einsetzen, dann empfehlen wir zum 8. März, Frauen direkt am Arbeitsplatz aufzusuchen und ihnen dort eine Blume zu überreichen. An dieser Blume sollte dann eine Banderole „Nicht nur am Frauentag: Für gute Arbeit und gutes Leben für Alle!“ angebracht werden, diese bekommt ihr ab Mitte Februar in allen Geschäftsstellen der LINKEN in Baden-Württemberg. Wenn ihr Beschäftigte in Einzelhandelsläden aufsucht, könnt ihr die Blume

auch direkt an der Kasse übergeben, eventuell bleibt sie dann dort auch gut sichtbar für die Kundschaft den Rest des Tages stehen. Achtet beim Blumenkauf auch darauf, dass die Blumen aus fairem Handel stammen, diese sind zwar etwas teurer, dafür können wir sie auch mit gutem Gewissen verteilen.

Zu dieser Aktion sollte ebenfalls die Presse eingeladen werden. Auch hierfür wird es vom Landeswahlbüro eine Musterpresseerklärung geben, die ihr dann bei euch verwenden könnt.

Kleiner Tipp: Wenn ihr eurer Presseerklärung ein Foto von Eurem Kandidaten oder Eurer Kandidatin anhängt, auf dem sie oder er gerade Blumen verteilt und ihr der Presse versichert, dass sie es ohne Kosten verwenden können, dann steigt die Chance, dass sie die Meldung und das Foto in den Lokalteil übernehmen.

*Christoph Kröpl*



## Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

## Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

## Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landeschatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Barbara Rochlitzer, b.rochlitzer@die-linke-stuttgart.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, Mail: strasdeit@die-linke-bw.de

## Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

## Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
IBAN: DE58 6001 0070 0289  
5827 00, BIC: PBNKDEFF  
BLZ: 60010070, Konto 289582700

## Kreisverbände

### Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

### Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

### Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

### Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LIN-

KE.Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

### Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

### Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

### Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

### Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich\_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

### Freiburg

Kreisgeschäftsstelle, Karlstr. 10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-29 28 07 30, info@dielinke-freiburg.de, www.die-linke-freiburg.de

### Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

### Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen Mail:t.edtmaier@dielinke-göppingen.de

### Heidelberg / Badische Bergstraße

Kreisgeschäftsstelle Theodor-Körner-Str. 7 69115 Heidelberg kreisvorstand@dielinke-kv-heidelberg.de www.die-linke-hd.de

### Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

### Heilbronn

Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

### Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Kai Bock, 01726910468, kai.bock@die-linke-sha.de, http://die-linke-sha.de

### Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

### Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

### Kraichgau-Neckar-Odenwald

Christian Anschütz, Eleonore Ortgies, Gerold Seitz, Tel.: 072616596000 Email: Info@die-Linke-KNO.de Web: www.

die-Linke-Kno.de. Postanschrift über: c/o WK-Büro Michael Schlecht, T6 37, 68161 Mannheim

### Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

### Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

### Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbachschofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

### Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

### Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

### Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

### Pforzheim

Claus Spohn, claus.spohn@online.de, www.die-linke-pforzheim.de

### Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m\_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

### Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Telefon: (07151) 5 48 06; Mail: neudorfer@die-linke-rems-murr.eu Net:http://linke-bw.de/kv-rems-murr/

### Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

### Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertz@gmx.net, www.die-linke-rhein-hardt.de

### Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikő Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

## Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

## Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

## Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

## Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

## Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de

## Zollernalb

Andreas Hauser, Meßstetten, mobil: 0152/56602713 Mail: A.u.T.Hauser@t-online.de

## Zusammenschlüsse

### LAG Antikapitalistische Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@dielinke-stuttgart.de

### LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

### LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

### LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

### LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

### LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Marco Radojevic, Sierenmoostr. 1. 78464 Konstanz, Tel. 01523 434 7561, Mail: marco.radojevic@gmx.de.

### LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

### LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

### LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar\_schuchmann@gmx.de

### LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, evamaria\_glathe@gmx.de

**LAG Hartz 4**

Jürgen Steinhof,  
0176/19363080, steinhof55@  
hotmail.com

**LAG Kommunistische Plattform**

Renata Eckhoff, 07331-66520,  
renata.eckhoff@t-online.de

**LAG Linke Unternehmer/innen**

Volker Bohn, 0151-14906528,  
volker.bohn@dielinkeunterland.  
de

**LAG Ökologische Plattform**

Wolfgang Kämmerer, mail@  
wolfgangkaemmerer.de

**LAG Queer**

Christian Stähle, 0171-9181900,  
Stadtrat-Staehle@gmx.de

**LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik**

Gotthilf Lorch, 07071-369783,  
gotthilf.lorch@amici-tue.de

**Hochschulgruppen  
DIE LINKE.SDS**

Freiburg: jt.meier@gmx.de •  
Heidelberg: www.sds-heidel-  
berg.de • Karlsruhe: die-linke@  
usta.de • Konstanz: rykenkrat-  
zer@hotmail.com • Ludwigs-  
burg: urdenc@gmail.com •  
Mannheim: sds@dielinke-ma.de  
• Tübingen: www.solid-sds.de

**Linksjugend ['solid]**

Linksjugend ['solid] Landesge-  
schäftsstelle Schützenstr. 46,  
76137 Karlsruhe, Tel: 0721-  
35489341, info@solid-bw.de,  
www.solid-bw.de

**Bundestags-  
abgeordnete****Regionalbüro  
Ostwürttemberg**

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

**Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

Tübingen: Linkes Forum, Am  
Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen,  
Tel. 07071-208810, Fax:  
07071-208812, heike.haensel@  
wk.bundestag.de, www.heike-  
haensel.de • Regionalbüro  
Ost-Württemberg, Lindenstr. 27,  
89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823,  
Fax 0731-3988824, ulm@heike-  
haensel.de

**Wahlkreisbüro Karin Binder**

Regionalbüro Freiburg, Karlstr.  
10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-  
29 28 07 30, info@dielinke-  
freiburg.de, www.die-linke-  
freiburg.de

**Wahlkreisbüro Michael  
Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel.  
(0621) 401713-7, Fax: (0621)  
401713-9, michael.schlecht@  
wk2.bundestag.de, www.  
michael-schlecht.net  
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr.  
3a, 70178 Stuttgart; michael.  
schlecht@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Annette  
Groth**

Wilhelmstr. 31, 88045 Fried-  
richshafen, Tel.: 07541/6 01 72  
43, Tel.: 07541/6 01 72 44, an-  
nette.groth.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Richard  
Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen,  
Tel. (07031) 8184868, Fax:  
(07031) 8184869, richard.pit-  
terle@wk.bundestag.de, www.  
richard-pitterle.de  
Regionalbüro Heilbronn, Al-  
lee 40, 74072 Heilbronn, Tel.  
(07131) 8971992, Fax: (07131)  
8971993, richard.pitterle@wk2.  
bundestag.de

**Kommunalmandate**

Aufgeführt sind die alle bekann-  
ten Mandatsträger/innen, die  
Mitglieder der LINKEN sind oder  
über (Bündnis-)Listen der LIN-  
KEN gewählt wurden.

**Regionalversammlung  
Stuttgart**

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.  
Hoepfner@region-stuttgart.  
org), Friedhelm Hoffmann  
(Friedhelm.Hoffmann@region-  
stuttgart.org), Christoph Oza-  
sek (Christoph.Ozasek@region-  
stuttgart.org), Peter Rauscher  
(p.rauscher@ntz.de)

**Kreistage**

**BIBERACH:** Ulrich Widmann  
(uliwidmann@aol.com); **BÖBLIN-  
GEN:** Markus Arnold (markus.  
arnold.bb@gmx.de), Norbert  
Füßinger (nfuessinger@web.  
de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.  
ostmeyer@die-linke.de); **BODEN-  
SEE:** Roberto Salerno (roberto.  
salerno@gmx.de), Roland Bi-  
niossek (roland.biniossek@  
arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rau-  
scher (p.rauscher@ntz.de), Jo-  
chen Findeisen (attacnt@yahoo.  
de), Reinhold Riedel (reinhold.  
riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:**  
Christian Staehle (Stadtrat-  
Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,**  
Horst Mack (horst.mack@linke-  
heidenheim.de); **HEILBRONN:**  
Johannes Müllerschön (johmu-  
ellerschoen@nexgo), Florian  
Vollert (florian.vollert@gmx.  
de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern  
(ernstkern@gmx.de); **KARLSRU-  
HE:** Jürgen Creutzmann (creutz-  
mannjuergen@web.de); **KONS-  
TANZ:** Marco Radojevic (marco.  
radojevic@gmx.de), Hans-Peter  
Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen  
Kemmerle (kemmerle\_ludwigs-  
burg@yahoo.de), Peter Schimke  
(peter.schimke@gmx.de), Wal-  
ter Kubach (walter.kubach@t-  
online.de), Annegret Jeziorski  
(taz\_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning  
(rechtsanwalt-gruening@t-

online.de); **ORTENAU:** Andreas  
Kirchgeßner (solylibertad@web.  
de), Lukas Oßwald (lukas.forst-  
arbeiten@gmx.de); **OSTALB:**  
Veronika Stossun (stossun@  
online.de), Cynthia Schnei-  
der (cynthiaschneider24@  
gmail.com); **RAVENSBURG:**  
Till Bastian (t.bastian@klinik-  
wollmarshoehe.de), Wolfgang  
Nippe (nippe@posteo.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober  
(st.kober@arcor.de), Christian  
Hinrichsen (christian.hinrich-  
sen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz  
(p.braunseitz@t-online.de),  
Thomas Ziegler (ziegler.rae@  
gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar  
Wunder (mail@edgarwunder.  
de), Carsten Labudda (carsten.  
labudda@dielinke-rhein-neckar.  
de), Detlef Gräser (d.graesser@  
web.de), Mandy Vacklahovsky  
(vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit  
(strasdeit@t-online.de), Margit  
Paal (maggie@lu15.de), Ema-  
nuel Peter (emanuelpeter@  
gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher  
(kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele  
(portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser  
(a.u.t.hauser@t-online.de)

**Stadt- und Gemeinderäte**

**AALEN:** Roland Hamm (roland.  
hamm@gmx.de), Cora Berreth  
(coraberreth@gmx.de); **BAD  
SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa  
(2066@freenet.de); **BIBERACH:**  
Ralph Heidenreich (ralph@  
ralph-heidenreich.de); **BRA-  
CKENHEIM:** Volker Bohn (volker.  
bohn@die-linke-heilbronn.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth  
(h.fuelberth@gmx.de); **BRUCH-  
SAL:** Thuriid Feldmann (info@  
thurid-feldmann.de); **FELLBACH:**  
Christian Hinrichsen (christian.  
hinrichsen@dielinke-rems-murr.  
de); **ESSLINGEN:** Werner Bolz-  
hauser (kulturamrande@kultu-  
ramrande.de), Tobias Hardt (to-  
biashardt@web.de); **FREIBURG:**  
Michael Moos (michael.moos@  
linke-liste-freiburg.de), Hendrikk  
Guzzoni (hst.guzzoni@web.de),  
Ulrike Schubert (ulmischubert@  
gmx.de), Lothar Schuchmann  
(lothar\_schuchmann@gmx.  
de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef  
Mayer (seppmayer@buchholz6.  
de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag  
(holger.schrag@sch-it.de); **GÖP-  
PINGEN:** Christian Staehle (Stad-  
trat-Staehle@gmx.de), Hüsnüye  
Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Saha  
Mirow (sahramirow@google-  
mail.com), Bernd Zieger (zieger-  
b@t-online.de); **HEIDENHEIM,**  
Horst Mack (horst.mack@  
linke-heidenheim.de), Norbert  
Fandrich (lisa.fandrich@t-online.  
de); **HEILBRONN:** Bettina Micha-  
elis (bttn.michaelis@googlemail.

com), Hasso Ehinger (ehinger.  
hasso@web.de); **KARLSRUHE:**  
Nikolaos Fostiropoulos (niko@  
fostiropoulos.de), Sabine Zürn  
(sabinez@viacanale.de); **KONS-  
TANZ:** Holger Reile (h.reile@see-  
moz.de), Anke Andrea Schwede  
(anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoff-  
mann (Friedhelm.Hoffmann@  
region-stuttgart.org); **LAHR:**  
Lukas Oßwald (lukas.forstar-  
arbeiten@gmx.de), Sonja Rehm  
(sonja.kucha@googlemail.  
com); **LEONBERG:** Gitte Hutter  
(lalunahug@web.de); **LÖRRACH:**  
Mateo Di Prima (m.diprima@  
web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver  
Kube (oli.kube@web.de), Clau-  
dia Dziubka (claudidz@yahoo.  
de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper  
(thomas.trueper@mannheim.  
de), Gökay Akbulut (goekayak-  
bulut@gmail.com); **PFORZHEIM:**  
Claus Spohn (claus.spohn@  
online.de), Peter Pfeiffelmann  
(info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler  
(ziegler.rae@gmx.de), Jessica  
Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Eman-  
uel Peter (emanuelpeter@gmx.  
de), Christian Hörburger (hoer.  
obernau@t-online.de), **SCHWÄ-  
BISCH GMÜND:** Sebastian Fritz  
(seba\_fritz8@web.de), Hubert  
Buchstaller (chirurgie-buch@t-  
online.de), Cynthia Schneider  
(cynthiaschneider24@gmail.  
com); **SINDELFINGEN:** Richard  
Pitterle (richard.pitterle@  
linke-bb.de), Margarete Mohr  
(peggy\_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller  
(mueller.sipplingen@gmx.  
de); **STUTTGART:** Thomas Adler  
(tomadler@01019freenet.de),  
Laura-Zarita Halding-Hoppenreit  
(lauraskingsclub@aol.com),  
Christoph Osazek (Christoph.  
Osazek@region-stuttgart.org);  
**TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit  
(strasdeit@t-online.de), Gotthilf  
Lorch (gotthilf.lorch@amici-  
tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.  
rosenkranz@googlemail.com),  
Felix Schreiber (felix.s@hotmail.  
de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl  
(monikabehl@gmx.net), Roland  
Biniossek (roland.biniossek@  
arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker  
(uwe.peiker@t-online.de), Doris  
Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter  
Schimke (peter.schimke@gmx.  
de) **WEINHEIM:** Carsten Labud-  
da (carsten.labudda@dielinke-  
rhein-neckar.de), Matthias  
Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn  
(paulhklahn@gmx.net)



Bilder & Fotomontage  
Jürgen Patzelt



250 000 Menschen brachten am 10. Oktober 2015 in Berlin in einer bunten, kämpferischen Demonstration ihre Ablehnung von TTIP und CETA auf die Straße. DIE LINKE, die auch zu dem Trägerkreis der Demo gehörte, war in einem gut wahrnehmbaren Block präsent. Auch aus Baden-Württemberg waren viele Mitglieder mit den Bussen des DGBs in die Hauptstadt gereist. Hier einige Impressionen von der Veranstaltung.

